



HESSISCHER LANDTAG

09. 03. 2016

67. Sitzung

Wiesbaden, den 9. März 2016

- Amtliche Mitteilungen** 4717
Entgegenommen 4717
Vizepräsidentin Heike Habermann 4717
Vizepräsident Frank Lortz 4739
- 46. Antrag der Fraktion der SPD betreffend schwarz-grüner Bildungsabbau durch die Hintertür I – Kürzungen an Grundschulen, beruflichen Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zurücknehmen**
– Drucks. **19/3181** – 4717
Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen 4735
- 38. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kürzungen in der Oberstufe und Grundschule zurücknehmen – garantierte Unterrichtsversorgung wieder sicherstellen**
– Drucks. **19/3165** – 4717
Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen 4735
- 59. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen investiert so viel Geld und so viele Lehrerstellen wie nie zuvor in den Unterricht an den Schulen im Land und sichert ausgezeichnete Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler**
– Drucks. **19/3206** – 4717
Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen 4735
Christoph Degen 4717, 4733
Wolfgang Greilich 4719
Claudia Ravensburg 4721
Barbara Cárdenas 4723
Mathias Wagner (Taunus) 4724, 4727
Gerhard Merz 4726
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz 4727
Janine Wissler 4730
Florian Rentsch 4731
Michael Boddenberg 4734
- 43. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fünf Jahre Schuldenbremse – ein Erfolgsprojekt**
– Drucks. **19/3178** – 4735
Aussprache begonnen 4739
Michael Boddenberg 4735
Norbert Schmitt 4738

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsidentin Heike Habermann
Vizepräsident Frank Lortz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen
beim Bund Lucia Puttrich
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mathias Samson
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Jürgen Banzer
Lisa Gnadl
Ursula Hammann
Handan Özgüven
Mürvet Öztürk
Armin Schwarz
Dr. Ulrich Wilken

(Beginn: 9:02 Uhr)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Ich eröffne die 67. Plenarsitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung. Wir haben die Punkte 1, 2, 4, 5, 9 und 11 erledigt.

(Allgemeine Unruhe)

– Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen investiert so viel Geld und so viele Lehrerstellen wie nie zuvor in den Unterricht an den Schulen im Land und sichert ausgezeichnete Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, Drucks. 19/3206. – Geschafft.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Bettina Wiesmann (CDU))

Die Dringlichkeit wird bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 59 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 46 und 38 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Das ist der Fall.

(Allgemeine Unruhe)

– Kolleginnen und Kollegen, bitte, ich möchte nicht noch lauter sprechen.

Weiter eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger profitieren beim Windkraftausbau auf Flächen im hessischen Staatswald, Drucks. 19/3207. Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 60 und zusammen mit Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen.

Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr, bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 46: Antrag der Fraktion der SPD betreffend schwarz-grüner Bildungsabbau durch die Hintertür I – Kürzungen an Grundschulen, beruflichen Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zurücknehmen, Drucks. 19/3181. Hierzu wird Tagesordnungspunkt 38 aufgerufen. Dann folgt Tagesordnungspunkt 43: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fünf Jahre Schuldenbremse – ein Erfolgsprojekt, Drucks. 19/3178. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 45, Drucks. 19/3180, der zusammen mit Tagesordnungspunkt 41 aufgerufen wird.

Heute fehlen entschuldigt Frau Staatsministerin Lucia Puttrich ab 11:45 Uhr, Herr Staatsminister Boris Rhein bis 13 Uhr und die Abg. Hammann, Banzer, Schork, Öztürk, Gnadt und Özgüven, weil sie erkrankt sind.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute zwei Geburtstagskinder. Ich darf zuerst Frau Abg. Kerstin Geis gratulieren: herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Der Blumengruß naht in Gestalt von Herrn Tipi.

(Schriftführer Abg. Ismail Tipi überreicht einen Blumenstrauß.)

Dann darf ich noch dem Abg. Frank Kaufmann gratulieren: auch Ihnen den herzlichsten Glückwunsch des Hauses.

(Allgemeiner Beifall – Vizepräsidentin Heike Habermann überreicht ein Weinpräsent.)

Ich dachte mir, es muss alles „gegendert“ bleiben, und ich habe ja heute nur Kollegen neben mir.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur?)

Damit können wir in die Tagesordnung einsteigen. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 46:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend schwarz-grüner Bildungsabbau durch die Hintertür I – Kürzungen an Grundschulen, beruflichen Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zurücknehmen – Drucks. 19/3181 –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 38:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kürzungen in der Oberstufe und Grundschule zurücknehmen – garantierte Unterrichtsversorgung wieder sicherstellen – Drucks. 19/3165 –

und mit **Tagesordnungspunkt 59** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen investiert so viel Geld und so viele Lehrerstellen wie nie zuvor in den Unterricht an den Schulen im Land und sichert ausgezeichnete Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler – Drucks. 19/3206 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als Erster hat Kollege Degen, SPD-Fraktion, das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute beginnen die schriftlichen Abiturprüfungen in Hessen. Dafür darf ich schon einmal allen Abiturientinnen und Abiturienten alles Gute wünschen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist es aber so, dass es die Bedingungen, unter denen sich diese jungen Leute auf das Abitur vorbereitet haben, künftig so nicht mehr geben wird.

(Günter Rudolph (SPD): Schade!)

Das ist Anlass für diese Debatte. Die Landesregierung kürzt Stellen. Allein in diesem Schuljahr sind es 300 Stellen an Grundschulen, gymnasialen Oberstufen, beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und Hessenkollegs, und weitere Kürzungen sind schon geplant. Das halten wir für falsch. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Sie kürzen an diesen Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Stellenumlenkung, wie Sie es nennen, hätte sicherlich gute Chancen, zum Unwort des Jahres in Hessen gekürt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur der Name ist feige – auch der Versuch, sich damit durchzuwursteln. Der Kultusminister kürzt die Lehrerzuweisung an Oberstufen um 8 % und erklärt doch tatsächlich, diese gekürzte Lehrerzuweisung bestehe nach wie vor aus 104 oder 105 %. Sie ändern einfach die Berechnungsgrundlage und glauben, das lassen hessische Schüler und Eltern Ihnen einfach durchgehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. René Rock (FDP))

Viele von Ihnen haben – wie ich – in den letzten Wochen Hunderte Zuschriften zu diesem Thema bekommen. Herr J. aus D. meint dazu, von einer 104-prozentigen Unterrichtsversorgung zu sprechen, ist insbesondere aus Sicht der Darmstädter Schulen täuschend und unerträglich. – Meine Damen und Herren, recht hat er.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Warum halten wir diese Stellenkürzungen für falsch? – Diese Stellenkürzungen sind eben kein Beitrag zu mehr Chancengleichheit auf dem Weg zum Abitur.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Mit am härtesten trifft es nämlich gerade die eigenständigen gymnasialen Oberstufen. Das sind die Schulen, deren Neugründung Sie kategorisch ablehnen. Das sind die Schulen, die Sie jetzt offenbar ausbluten lassen wollen, indem Sie dort bis zu vier Lehrerstellen wegfallen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Gerade an diesen Schulen sind besonders viele Schülerinnen und Schüler aus Gesamt- oder Realschulen. Das sind Schülerinnen und Schüler, denen das Abitur nicht in die Wiege gelegt wurde. Das sind Schülerinnen und Schüler, die sich jahrelang durchgebissen haben, um den nächsthöheren Anschluss, die Oberstufe oder das berufliche Gymnasium, zu erreichen. Sie stecken diese Schülerinnen und Schüler aber dann in Leistungskurse mit bis zu 28 Schülerinnen und Schülern. Wie soll da noch individuelle Förderung möglich sein? Wie viel Sprechzeit bleibt da für den Einzelnen noch übrig?

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie groß muss denn ein Leistungskurs sein?)

Schwächere Schüler drohen durch die schwarz-grünen Kürzungen in großen Kursen unterzugehen. Das ist alles andere als gerecht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Man kann statistisch mit Mittelwerten rechnen und sagen: „Das ist ja nur ein Schüler pro Kurs“, aber würde die Landesregierung mehr an die Schulen gehen, statt mit Zahlen zu jonglieren, wüsste sie das auch. Diese Landesregierung hat doch den Bezug zur schulischen Realität verloren. Sie agiert kalt, nicht empathisch und rein statistisch.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

An Schulen werden aber Menschen unterrichtet, keine Zahlen. Ich kann schon hören, wie Sie nachher gebetsmühlenartig wiederholen werden, früher sei alles ja noch schlimmer gewesen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das waren andere Zeiten.

(Lachen bei der CDU)

– Ja, die SPD schaut in die Zukunft; Sie hängen noch immer in der Vergangenheit fest.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Früher war – hören Sie einmal gut zu – ein Spanisch-Leistungskurs möglicherweise Luxus. Heute aber leben wir in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, in der von vielen Arbeitgebern eine Varianz an Fremdsprachen erwartet wird. Die Vielfalt des Kursangebots wird aber eingeschränkt, besonders im MINT-Bereich, im Bereich der Fremdsprachen, des Darstellenden Spiels und der Musik.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Meine Damen und Herren, wenn allein 15 Lehrerstunden pro Woche wegfallen, dann entspricht das drei Leistungskursen oder vier bis fünf Grundkursen und eben nicht nur einem Schüler pro Kurs.

(Beifall bei der SPD)

Um Ihnen das vielleicht einmal etwas deutlicher zu machen – denn es gibt zahlreiche Beispiele an Schulen, die zeigen, was das wirklich bedeutet –:

Nehmen Sie die Max-Beckmann-Schule in Frankfurt: In diesem Jahr fallen dort 17 Lehrerstunden weg. Zwei Englischkurse wurden schon zu einem mit 27 Schülern vereint.

(Minister Tarek Al-Wazir: Dort habe ich Abitur gemacht!)

2017 werden es 57 Lehrerstunden sein, die wegfallen. Der Leistungskurs Spanisch steht infrage, weil er die Schule zu viele Lehrerstunden kostet.

Die Friedrich-Ebert-Schule in Pfungstadt: Ein PoWi-Leistungskurs konnte nicht mehr gebildet werden; Deutsch- und Ethikkurse sind überfüllt.

Am Taunusgymnasium in Königstein gibt es keine Leistungskurse Chemie und Französisch mehr.

Genauso verhält es sich an der Gerhart-Hauptmann-Schule in Griesheim: Dort gibt es kein Darstellendes Spiel mehr, trotz der 15 Anmeldungen; es gibt keine Leistungskurse Chemie und Spanisch mehr, trotz der jeweils zehn Anmeldungen.

Das geht an der Carl-Schurz-Schule in Frankfurt weiter, an der Goetheschule in Neu-Isenburg und an der Schillerschule in Frankfurt: Allein dort kommt es zu einer Einsparung von 40 Lehrerstunden. Derzeit gibt es in der Oberstufe 212 Kurse, davon müssen 14 eingespart werden.

(Zuruf von der CDU: Wahnsinn!)

Oder die Otto-Hahn-Schule in Frankfurt: Dort fallen 80 Lehrerstunden weg; Kurse zur Lese- und Rechtschreibförderung werden gestrichen; die Leistungskurse Mathematik und Biologie bestehen jeweils aus 28 Schülern.

Meine Damen und Herren, Hessen wird abgehängt. Der Nachhilfebedarf wird weiter zunehmen. CDU und GRÜNE reißen ein Loch auf, um andere zu stopfen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Frau W. aus F. schreibt mir dazu:

Wenn ich vor acht Jahren gewusst hätte, welche schulische Achterbahnfahrt meine Kinder an einer hessischen Schule erwarten würde,

– und sie ergänzt –

inklusive mehrfacher Klassenlehrerwechsel und uneinheitlicher Betreuungszeiten in der Grundschule, G 8, beständigem Stundenausfall und nun Kürzungen in der Oberstufe,

– so schreibt sie –

dann hätte ich alles darangesetzt, meinen Familienwohnsitz nach Rheinland-Pfalz zu verlagern.

Meine Damen und Herren, diese Mutter bringt es auf den Punkt.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Holger Bellino (CDU): Rheinland-Pfalz ist eine bildungspolitische Wüste! Dort werden Lehrerstellen abgebaut!)

Und ich sage: Viele Grüße nach Rheinland-Pfalz; ich hoffe, die Menschen dort wissen dies am kommenden Sonntag auch zu schätzen.

(Beifall bei der SPD)

Jawohl, Investitionen in Ganztagschulen, Inklusion, individuelle Förderung und Intensivmaßnahmen sind dringend notwendig. Aber eben nicht so. Sie spielen die einen gegen die anderen aus. Vor allem kürzen Sie nicht oben, sondern genauso unten, an den Grundschulen, wo das Fundament für den späteren Bildungsweg gelegt wird. Wir müssen aber das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Dorn, besonders macht mich nachdenklich, was Frau S. aus F. schreibt.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt schreiben Sie sich auch noch die Briefe selbst, Herr Kollege!)

– Sie haben diese auch bekommen. Würden Sie sie einmal beantworten, wüssten Sie das.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

Frau S. aus F. schreibt:

Die Zukunft unserer Nachwuchskräfte respektive Kinder und des Wirtschaftsstandorts Hessen darf nicht kurzfristigen Finanznöten aus der Flüchtlingsmisere geopfert werden.

Meine Damen und Herren, das, was uns an anderer Stelle gelungen ist, nämlich eine Politik für alle Menschen zu machen, hebeln Sie aus. Schwarz-Grün führt gefährliche Neiddebatten. Nehmen Sie diese Kürzungen zurück.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dazu kommt: CDU und GRÜNE stellen mit ihrer Hauruckpolitik jedwede Verlässlichkeit infrage. Das ist wie bei G 8 bzw. G 9 – „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“; heute so, morgen so. Was bringt uns eine Profilbildung, wenn Sie den Schulen den Boden unter den Füßen wegziehen? In den nächsten Wochen stehen Wahlentscheidungen von Eltern an. Aber Eltern wissen nicht mehr wirklich, ob das Profil, das sie heute wählen, auch noch in zwei oder drei Jahren gelten wird, weil eben Leistungskurse in Physik oder Chemie nicht mehr angeboten werden können. Verlässlichkeit sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das sehen nicht nur wir so, das sehen nicht nur viele Eltern so, die heute auch vertreten sind, sondern das sehen über 30.000 Menschen in Hessen so, die ihre Unterschrift unter eine Petition gesetzt haben, die auch hier zu beraten ist und welche die SPD ausdrücklich zur Berücksichtigung empfiehlt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Degen, kommen Sie bitte zum Schluss.

Christoph Degen (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, diese Stellenkürzungen sind nur ein Beispiel für schwarz-grünen Bildungsabbau durch die Hintertür in Hessen. Weitere Beispiele folgen. Ich darf Sie schon jetzt zur Fortsetzung einladen, diese werden wir hier auch noch thematisieren. So viel darf ich verraten: Es wird um Kultur und Sport gehen. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Greilich von der FDP-Fraktion das Wort.

(Holger Bellino (CDU): Ei, ei, ei!)

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Degen, ich konnte diesmal ungewöhnlicherweise fast alles unterschreiben, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur an einer Stelle will ich doch etwas korrigieren: Sie haben die arme Frau W. aus F. zitiert, die überlegte, ihren Wohnsitz nach Rheinland-Pfalz zu verlegen. Davor sollten wir allerdings dringend warnen; denn das würde sie vom Regen in die Traufe bringen. Ich kann nur hoffen, dass sich am Sonntag in Rheinland-Pfalz etwas ändert.

(Beifall bei der FDP – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Aber zurück zu dem ernstesten Thema, das wir hier heute zu erörtern haben, Herr Kollege Boddenberg. Dass das Kultusministerium nach all den Protesten im letzten Sommer noch immer fest entschlossen ist, die geplante Streichung von Lehrerstellen an Hessens Gymnasien und Oberstufen durchzuziehen, stößt bei uns Freien Demokraten auf großes Unverständnis.

(Beifall bei der FDP)

Die im Sommer bereits vorgenommenen Kürzungen in der gymnasialen Oberstufe und die, die in den nächsten beiden Schuljahren noch folgen sollen, haben in den Schulen sehr konkrete Folgen: Über 300 Lehrer fehlen allein in den gymnasialen Oberstufen, kleinere Kurse können nicht mehr angeboten werden, größere Kurse werden noch grö-

ber. Die Profile, die sich die Schulen in den vergangenen Jahren mit viel Mühe erarbeitet haben, werden so wieder infrage gestellt. Zu Recht machen sich Eltern deshalb nun Sorgen darüber, ob ihre Kinder auch zukünftig optimal auf ein Hochschulstudium vorbereitet werden – wir als Freie Demokraten teilen diese Sorge.

(Beifall bei der FDP)

Ich stelle in diesem Zusammenhang eines ausdrücklich unstrittig: Wir brauchen zusätzliche Lehrer an unseren Schulen, um Inklusion, Nachmittagsbetreuung und Intensivklassen erfolgreich stemmen zu können. Aber das gilt auch und gerade für Grundschulen und Gymnasien, die Sie zum Steinbruch in der Bildungspolitik gemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Stellenstreichungen sind an dieser Stelle kontraproduktiv. Sie treffen weniger die Schüler aus begüterten Kreisen, die die von Ihnen verursachten Defizite an den Schulen ausgleichen können, indem sie auf Nachhilfeangebote im großen Stil zurückgreifen können. Nein, Sie treffen mit Ihrer Politik gerade diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in der schwierigen Phase vor dem heute wieder beginnenden Abitur besondere Unterstützung brauchen, etwa, weil sie mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sie treffen die, denen Sie angeblich gerade mit Inklusionsmaßnahmen helfen wollen, Sie treffen ganz besonders Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien. Kurzum: Sie treffen all diejenigen, die auf besondere Unterstützung angewiesen sind und die es sich nicht leisten können, das zuzukaufen, was Sie ihnen verweigern.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie hier betreiben, ist schlicht ein Angriff auf die Bildungsgerechtigkeit.

In Hessen sehen sich viele Schulen durch die Kürzungen der schwarz-grünen Landesregierung dazu gezwungen, wichtige individuelle Förderprogramme einzustellen. Die Kürzungen von bis zu vier Stellen etwa an Gymnasien wirken sich bereits jetzt negativ auf die Unterrichtsqualität aus. Für die Oberstufen heißt das konkret, dass kleine Leistungskurse wie Chemie oder Physik gänzlich wegfallen, Sprachangebote auf ein Minimum reduziert werden, Gruppengrößen der Grund- und Leistungsfächer angehoben werden müssen, methodische Vielfalt, fortschrittlicher Unterricht und Angebote jenseits der Kernfächer durch die Kürzungen der schwarz-grünen Landesregierung massiv eingeschränkt werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich nenne als Beispiel einmal die Kürzungen am Frankfurter Lessing-Gymnasium: dort, wo heute vor einer Woche das Protestfest von nahezu 1.000 Eltern, Schülern und Lehrern stattfand und wo sich außer der Kollegin Wiesmann – die wohl eher privat anwesend war – kein Vertreter dieser Regierungskoalition hintraute. Der Elternbeiratsvorsitzende dieser Schule, Herr Martin Wiesmann, der den Protest gegen Ihre Politik organisiert hatte, machte schon in seiner Begrüßungsrede klar, dass es nicht um die Zukunft einer kleinen Elite gehe, sondern um die eines Großteils der hessischen Schülerschaft. Seine Stellvertreterin Annette Reschke berichtete, dass allein an dieser Oberstufe schon jetzt rund 1,5 Lehrerstellen gestrichen worden seien.

Ich höre schon jetzt den Kultusminister, den Kollegen Wagner, oder wer auch immer dazu erwidern wird, das sei doch nicht viel. – Dabei hatte ich gehofft, dass hinter der plakativen Einladung des Kultusministers an Lehrerverbände und Schulleiter zu Fachgesprächen wenigstens eine echte Bereitschaft stünde, die schwarz-grüne Steinbruchpolitik zulasten der gymnasialen Bildung zu überdenken.

(Beifall bei der FDP)

Tatsächlich aber hatte der Minister wohl nur den Auftrag der Koalition, sich die begründeten Einwände aus der Praxis anzuhören, obwohl schon die Entscheidung der Koalition feststand, diese schlicht zu ignorieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Schlag ins Gesicht für die hessischen Eltern, Schüler und Lehrer. Offenbar ging es CDU und GRÜNEN vor der Kommunalwahl nur darum, den verständlichen Protest von Eltern, Lehrern und Schülern gegen die Unterrichtskürzungen klein zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Dazu passt es, dass der Kultusminister in einem Brief an die Eltern schrieb – heute haben wir auch wieder einen Antrag vorliegen, in dem es entsprechend gefeiert wird –, dass wir in der Vergangenheit 2.500 Lehrerstellen in die Schulen gebracht haben, sodass jetzt anscheinend genug da ist, dass man meint, es wieder abräumen zu können.

Vor diesem Hintergrund bittet der Kultusminister dann für Verständnis für eine moderate und möglichst breit gestreute Stellenverlagerung von den Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen hin zu anderen Zweigen des Schulwesens. Der Kollege Mathias Wagner assistiert ihm und sagt, jede Stelle bleibe dem Bildungssystem erhalten, allerdings teilweise für andere Aufgaben als bislang. Entsprechend formulieren Sie dann auch in Ihrem Antrag, den Sie uns heute vorgelegt haben, dass Sie „eventuelle besondere Härten identifizieren und Maßnahmen zu deren Abmilderung prüfen“ wollen. Was Sie dort tun, haben Sie in den letzten Tagen gezeigt, und das hat auch der Kultusminister in den bisher geführten Gesprächen gezeigt: Sie wollen die Eltern, Schüler und Lehrer verladen, Sie verhöhnen die Betroffenen. Das ist in der Tat der Gipfel dessen, was Sie mit diesem Antrag hier bieten.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Widerspruch des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich will Ihnen das in aller Kürze erläutern, Herr Kultusminister und Herr Kollege Wagner: Eine Lehrerstelle bedeutet 26 Stunden. Und wenn Sie da gewesen wären, hätte Frau Reschke auch Ihnen vorrechnen können, dass das mehr als fünf Leistungskurse oder bis zu 13 Grundkurse sind, die jetzt pro Lehrerstelle fehlen. Das ist relativ einfache Mathematik, die wohl jeder nachvollziehen kann.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

Oder Sie hätten, wenn Sie sich nicht gedrückt hätten, die Schilderung des Schulsprechers hören können, der vor den Ferien in einem von zwei Leistungskursen Biologie mit 14 Schülern saß. Jetzt darf er die von Ihnen verordnete bittere Wohltat genießen, dass in Vorbereitung auf das Abitur die beiden Leistungskurse à 14 Schüler zu einem Kurs zusammengelegt werden mussten, in dem er jetzt mit 27 weiteren Schülern die Abiturvorbereitungen absolvieren darf. Ja, Herr Kultusminister, erklären Sie den Betroffenen ruhig weiter, dass ihr Lehrer ja nicht weg ist, sondern dass Sie ihn nur woandershin geschickt haben. Die Schüler werden für diese schwarz-grüne Logik sicher viel Verständnis ha-

ben. Lassen Sie sich ins Stammbuch schreiben: Ein Leistungskurs mit 28 Leuten ist einfach nicht machbar.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Und das ist erst der Anfang. Meine Damen und Herren aus der Koalition, wenn Sie mit Ihren Abbrucharbeiten fertig sind, werden nur am Lessing-Gymnasium drei Stellen fehlen, also das Doppelte.

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie zwingen die Schulleiter, mit den genehmigten Stunden zu jonglieren und sie auf alle Jahrgangsstufen zu verteilen, mit dem Ergebnis, dass die Kürzungen schon in den allerersten Gymnasialklassen zu wirken beginnen – und zwar nicht segensreich, sondern katastrophal. Offensichtlich fehlt es Ihnen an der politischen Weitsicht, um die Unterrichtsvielfalt an Hessens Schulen zu erhalten und zu stärken. Wir Freie Demokraten sind der festen Überzeugung, dass das Vorgehen der Hessischen Landesregierung verheerende Folgen für die Bildungslandschaft in Hessen haben wird.

(Beifall bei der FDP)

Offensichtlich – und das ist es, was mich besonders enttäuscht, Herr Kollege Boddenberg – ist nicht mehr wie in der vergangenen Legislaturperiode Qualität die Richtschnur hessischer Bildungspolitik, sondern ideologische Lenkung. Hier wird versucht, das Gymnasium klein zu machen. Ich will Ihnen aber sehr deutlich sagen: Wenn Sie das Gymnasium klein machen, machen Sie damit andere Schulen noch lange nicht besser. Wir fordern Sie deshalb auf: Nehmen Sie die Stellenkürzungen unverzüglich zurück.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schlicht ein schulpolitischer Irrweg, die Schüler in den Gymnasien gegen die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und den Vormittagsunterricht gegen die Betreuung am Nachmittag auszuspielen, wie Sie es tun. Ich fordere Sie noch einmal auf: Geben Sie den Gymnasialzweigen die 160 Stellen zurück, die Sie ihnen schon genommen haben, und verzichten Sie darauf, ihnen weitere 155 Stellen zu rauben – dann täten Sie etwas Gutes für das Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Ravensburg, CDU-Fraktion.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Herr Degen, Ihr Setzpunkt gibt mir Gelegenheit, unsere enormen Leistungen in der Schulpolitik heute noch einmal ausführlich darzustellen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag – Gleiches gilt für den Antrag der FDP – bietet überhaupt nichts Neues. Fast die gleichen Anträge sind hier bereits im September-Plenum ausführlich debattiert worden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke für die Erinnerung!)

Nichts Neues, Herr Degen, auch in Ihrem Redebeitrag. Ihnen ist nichts eingefallen, außer ein Bild vom Untergang des Abendlandes zu malen und dann auch noch – das fand ich den Gipfel – die Lehrerversorgung von 82 % in der Vergangenheit kleinzureden nach dem Motto: Früher brauchten die Schüler auch keine besondere Förderung. – Dazu fällt mir jedenfalls nichts mehr ein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Oder diene der SPD-Antrag vielleicht nur dazu, dass Ihr Fraktionsvorsitzender kurz vor der Kommunalwahl in Frankfurt punkten wollte, als er dort Ihren Antrag aus der Tasche zog?

(Florian Rentsch (FDP): Das ist ja Wahnsinn!)

Kein Wort darüber, wie gut angelaufen und segensreich der Pakt für den Nachmittag in Frankfurt und anderen Städten und Kreisen bereits wirkt, kein Wort darüber, wie viele Lehrerstellen die besonders geforderten Schulen in schwierigen Milieus über den Sozialindex erhalten, kein Wort darüber habe ich gehört, dass wir die Sprachkurse für Migranten nicht zulasten der bisherigen Lehrerversorgung einrichten, sondern zusätzlich etwa 800 Lehrerstellen im Haushalt finanzieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erinnere ich mich richtig? Hatten Sie dem Haushalt nicht auch zugestimmt, Herr Degen?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, haben wir nicht! – Zuruf von der SPD: Bei der Wahrheit bleiben!)

Sie wollen die Sorgen der Eltern um ein breites Angebot in den Oberstufen für Ihre politischen Zwecke nutzen, nachdem die Wahlfreiheit in den Gymnasialklassen Ihnen jetzt keine Angriffsfläche mehr bietet.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun denn, dann nutze ich eben die Chance, zu dokumentieren, welche enorme Anstrengungen unser Kultusminister unternimmt, um unsere Schulen weiter voranzubringen. Landesweit stehen für den Pakt für den Nachmittag 230 Stellen zur Verfügung. Neben den sechs Pilotschulträgern beteiligen sich ab dem kommenden Schuljahr weitere zehn Kreise und Städte am Pakt, damit dort, wo die Eltern es wünschen, von 7:30 bis 17:00 Uhr Betreuung und Förderung stattfindet.

Auch die gezielte Förderung in den Grundschulen bleibt deshalb erhalten. Da, wo große Grundschulklassen über 21 Kinder sind, bleibt der Zuschlag selbstverständlich in voller Höhe bestehen.

Beim Sozialindex stehen weitere 60 Stellen zur Verfügung. Auch bei der Inklusion stellen wir zusätzlich 210 Stellen in den kommenden drei Jahren zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einrichtung der Intensivklassen an den allgemeinbildenden Schulen und der InteA-Klassen an den beruflichen Schulen läuft landesweit sehr unbürokratisch. Auch wäh-

rend des Schuljahres wird flächendeckend sehr flexibel nachgesteuert und werden weitere Sprachklassen nach Bedarf eingerichtet. Das ist eine hervorragende Leistung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch betonen, dass es eine sehr kluge Entscheidung war, eine Werbeaktion zu fahren, um vorrangig qualifizierte Lehrkräfte, wie z. B. die Ranglistenbewerber, Lehrkräfte, die jetzt in Teilzeit arbeiten, oder auch Pensionäre mit großer Erfahrung im Schuldienst, heranzuziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Herausforderung Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten. Wir haben ausreichend Lehrer gefunden. Landesweit laufen jetzt Weiterbildungskurse, um den Lehrkräften die notwendigen Zusatzqualifikationen zu vermitteln.

Herr Greilich, nicht alle diese Maßnahmen lassen sich durch den aufgestockten Bildungsetat finanzieren. Deshalb hat sich die Koalition auf eine möglichst breite Stellenverteilung geeinigt. Ein Teil ist die moderate Kürzung der Lehrerzuweisung an den gymnasialen Oberstufen. Die durchschnittlichen Schülerzahlen – das möchte ich noch einmal betonen – ändern sich von 18,9 auf 19,9 in den Grundkursen und von 16,8 auf 17,8 in den Leistungskursen. Dazu sollte man auch wissen, dass es fast 100 Kurse in Hessen unter fünf Schülern gibt.

Gleichwohl erkennen wir an, dass einige kleinere gymnasiale Oberstufen, vielleicht solche mit besonderem Profil wie alte Sprachen, mit Schwerpunkt Musik oder im MINT-Bereich, und auch die kleinen Oberstufen im ländlichen Raum von besonderen Härten betroffen sein können, ja. Selbstverständlich nehmen wir auch die Sorgen der Eltern an den Frankfurter Gymnasien sehr ernst.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aha!)

Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass Kultusminister Lorz bereits im Herbst allen betroffenen Schulen einen offenen Dialog angeboten hat

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die brauchen Lehrer und keinen Dialog!)

zur Erörterung der jeweils besonderen Situation in den Schulen mit dem Ziel, durch eine Anpassung der Stellenzuweisung besondere Härten notfalls auch abzufedern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße auch, dass viele Schulen dieses Angebot angenommen haben. Deshalb stelle ich fest: Kein Oberstufenschüler bekommt auch nur eine Stunde weniger Unterricht.

(Turgut Yüksel (SPD): Was?)

Nicht eine Stunde Pflichtunterricht fällt an den Gymnasien durch die Veränderung der Oberstufenzuweisung aus.

Meine Damen und Herren, die CDU steht zu den Gymnasien und handelt auch danach. Eltern können sich jetzt und in Zukunft darauf verlassen, dass es mit der CDU keinen Abbau der gymnasialen Bildung geben wird.

(Zuruf von der SPD: Wo leben Sie denn?)

Ich erinnere daran, dass wir es waren, die die Sternchenregelung abgeschafft haben. Es gab teilweise 33 Schüler in einer Klasse. Und wer hat das eingeführt? – Jetzt liegt die Obergrenze bei 30 Schülern in den Gymnasien. Die Kurse in den Oberstufen liegen selbstverständlich noch deutlich

darunter, wie ich geschildert habe. Aber schon kommt die SPD wieder aus den Startlöchern und kritisiert, warum der Minister noch nicht gehandelt hat.

(Zuruf des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

Dass dies erst geschehen kann, wenn die Schülerzahlen feststehen, das müssten Sie von der Opposition auch wissen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben wir letztes Jahr schon beantragt!)

Oder wollen Sie es vielleicht gar nicht wissen, weil es nicht in Ihre Strategie passt?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann zur SPD selbst. Bis vor Kurzem waren Sie die großen Verfechter der Einheitsschule. Ihr Haus der Bildung sollte doch die Gymnasien ganz auslöschen.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist unglaublich!)

Dann haben Sie gemerkt, dass die Eltern Ihnen dabei nicht folgen. 56 % der Eltern in Frankfurt melden ihre Kinder im gymnasialen Bildungsgang an. Frankfurt hat uns auch wieder gezeigt: Am liebsten melden die Eltern ihre Kinder nicht an der IGS, sondern am Gymnasium an. Jetzt tun Sie sich hervor als Retter der Oberstufen – das nimmt Ihnen keiner ab.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir jedenfalls werden auch in Zukunft zu den Gymnasien stehen. Das Abitur wird seine hohe Qualität im Ländervergleich behalten, und dafür sorgen wir. Gleichzeitig sorgen wir für Bildungsgerechtigkeit. Die Heterogenität in den Schulen steigt, und deshalb sind zusätzliche Fördermaßnahmen notwendig.

Außerdem steigt der Wunsch der Eltern nach Betreuung und Ganztagsangeboten besonders in der Grundschule. Dem tragen wir mit unserer Politik Rechnung. Der Pakt für den Nachmittag wird weiter ausgebaut werden, und der Ausbau der Ganztagschulen in den Grund- und weiterführenden Schulen geht weiter. Hierfür – das müssten Sie von der SPD natürlich auch wissen – wurden im Haushalt 6 Millionen € zur Verfügung gestellt; denn auch hier haben Sie zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Mit 50.000 Lehrerstellen in Hessen haben wir ein nie da gewesenes hohes Niveau in Hessen erreicht. Das ist eine enorme Leistung für die hessischen Schulen, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch im bundesweiten Vergleich unübertroffen. Die Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt dies keineswegs als Argument, sich zurückzulehnen oder in dem Bemühen nachzulassen, die Qualität an hessischen Schulen weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sorgen gemeinsam dafür, dass die hessischen Schulen gut aufgestellt sind. So sieht erfolgreiche Schulpolitik aus.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommt die Retterin der Gymnasien!)

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kultusminister! Sie haben uns heute Morgen einen Jubelantrag auf die Tische gelegt. Dem wird natürlich mit Ihrer Mehrheit zugestimmt werden. Dadurch wird die Sache selbst nicht besser. Ich finde, es ist eine Unverschämtheit, das heute Morgen kurz vor der Debatte hier zu machen.

(Holger Bellino (CDU): Was soll denn das? Sind Sie nicht in der Lage, das zu lesen?)

Es ist ein Jubelantrag, okay.

Uns alle haben in den letzten Wochen unzählige Protestbriefe und Protestmails bezüglich der Kürzungen erreicht. Viele kamen aus Frankfurt. Es kamen aber auch viele von betroffenen Schülerinnen und Schülern aus anderen Teilen Hessens, die sich äußerst erobert darüber zeigten, dass bestimmte Oberstufenkurse an ihren Schulen nicht mehr angeboten werden. Herr Kultusminister, das ist dank Ihnen so. Aber nicht nur die Kürzungen bei den Oberstufen erregten Wut und Verständnislosigkeit, auch die anderen Kürzungen und Streichungen aus Ihrem Haus sind absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen deshalb diesen Setzpunkt der SPD-Fraktion, möchten aber darauf verweisen, dass wir bereits letztes Jahr einen Antrag gestellt hatten, der forderte, die Kürzungen an den Grundschulen und den gymnasialen Oberstufen zurückzunehmen. Darauf hat Frau Ravensburg dankenswerterweise hingewiesen.

Das Ergebnis wird das gleiche sein, wie es damals war. Daran zweifle ich nicht. Herr Kultusminister, dieses Ergebnis ist aber mehr als nur die reine Ablehnung einer Forderung der Opposition. Denn von dieser Forderung hängt noch weitaus mehr ab. Es geht nicht nur um die schon angesprochenen Kürzungen, die Sie damit begründen, gefährdeten Kindern und Jugendlichen zusätzliche Ressourcen zukommen lassen zu müssen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer sagt das?)

Das ist, nebenbei gesagt, auch ziemlich paradox. Es wurde schon vorhin darauf hingewiesen, dass die Kürzungen an den Grundschulen unter anderem Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund treffen, die einfach einen zusätzlichen Förderbedarf in Deutsch haben. Aber es geht um viel mehr.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer will die Gymnasien abschaffen? Das sind Sie!)

– Herr Boddenberg, was Sie da jetzt erzählen, ist so hinterletzt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist abenteuerlich!)

Es geht um viel mehr. Es geht auch um die Kürzung der Zuweisung bei der kulturellen Bildung und um die Kürzung der Zuweisung bei den Sportkoordinatorinnen und Sportkoordinatoren. Es geht um die immer weiter ausufernde Arbeitsbelastung an unseren Schulen. Es geht um eine weitere Verdichtung der Aufgaben. Herr Kultusminister, es geht letztlich auch um fehlende Anerkennung.

Wir sind uns alle einig: Die hessischen Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit. Sie sind engagiert und orientieren sich an den Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler. Zudem haben wir in Hessen eine sehr starke Elternvertretung und eine außergewöhnlich engagierte und motivierte Schülervvertretung. Ich begrüße die Eltern- und Schülervvertreter in unserem Hause hier oben auf der Tribüne ganz herzlich. Natürlich begrüße ich auch die Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt all diesen Akteuren zu danken und anstatt zusammen mit ihnen eine Schullandschaft zu gestalten, die sich an den wirklichen schulischen Bedürfnissen und Realitäten orientiert, stellen Sie sich blind und taub. Wenn doch einmal eine Reaktion aus dem Kultusministerium erfolgt, dann sind es die Keule und die Mundfessel. Ich nenne es einmal Mundfessel.

Uns ist nämlich sehr wohl zu Ohren gekommen, dass die Schulen beispielsweise über die Zustände der Inklusion – ich sage jetzt einmal Zustände und nicht Fortschritte; denn Fortschritte gibt es in diesem Bereich wie in vielen anderen wenige – keine offiziellen Statements mehr herausgeben dürfen. Herr Kultusminister, ich weiß nicht, was das für ein Vorgehen ist. Demokratisch ist das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass mit völlig übertriebener Härte gegen die Lehrerinnen und Lehrer vorgegangen wird, die letzten Sommer gegen die Nullrunde beim Tarif auf die Straße gegangen sind und protestiert haben. Über 6.000 Disziplinarverfahren sind gegen die Kolleginnen und Kollegen eingeleitet worden. Es hat ebenso viele Anhörungen gegeben, bzw. es gibt sie immer noch.

Ich will gar nicht wissen, über wie viel Arbeitszeit und Arbeitskraft wir sprechen. Jedenfalls steht das in keinem Verhältnis zu den kurzen Protesten und dem eventuell damit zusammenhängenden Unterrichtsausfall.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, mit dieser Härte ist keine Ihrer Vorgängerinnen und keiner Ihrer Vorgänger je vorgegangen. Herr Minister, auch das ist nicht demokratisch. Das ist es vor allem dann nicht, wenn man bedenkt, dass der Europäische Gerichtshof längst Urteile gefällt hat – das wissen Sie als Jurist –, mit denen auch den verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern das Streikrecht zugesprochen wird.

Aber so oder so, was für ein Bild wirft das denn auf die hessische Schulpolitik? – Wir haben einen Kultusminister, der euphorisch einen Bildungsgipfel ins Leben gerufen hat, der schon nach einer Sitzung auf dem Weg des Scheiterns ist. Er hat damit mehr bildungspolitische Akteure vergault, statt sie für eine gemeinsame Sache begeistert.

Wir haben einen Kultusminister, der sich nach Amtsantritt ewig hat bitten lassen, mit der Landesschülervvertretung, mit Vertretern der GEW oder mit Vertretern der Eltern

endlich ein Gespräch zu führen. Uns sind jedenfalls Klagen zugetragen worden. Ich glaube, inzwischen ist es passiert.

Wir haben einen Kultusminister, der sich im Kabinett nicht dafür einsetzt, dass seine Lehrerinnen und Lehrer endlich bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Frau Dorn, das wissen auch Sie: In keinem anderen Bundesland müssen sie 42 Stunden die Woche arbeiten. Vielmehr wurden sie mit ungeheurer Härte dafür abgestraft, dass sie öffentlich darauf aufmerksam gemacht haben.

Herr Minister, Sie sind schnell auf das grüne Pferd aufgesprungen, dem die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Namen Schulfrieden gegeben haben. Dafür, dass Sie das Wort Schulfrieden zu Beginn Ihrer Amtszeit so oft hinausposaunt haben, ist erschreckend wenig passiert, was zu einer besseren und gerechteren Schule in Hessen hätte führen können. Dafür geschah aber eine ganze Menge dessen, was genau das Gegenteil bewirkt hat.

Fassen wir einmal zusammen. Der Bildungsgipfel ist gescheitert. Die demografische Rendite hat es nicht gegeben.

(Holger Bellino (CDU): Was?)

Der versprochene Verzicht auf Stellenkürzungen wurde hintergangen. Die 105-prozentige Lehrerversorgung ist in weite Ferne gerückt.

(Holger Bellino (CDU): Was?)

Der neue Stil auf Augenhöhe ist nicht existent. Ein Kultusminister, der für seine Lehrkräfte kämpft, ist nicht vorhanden.

Hiermit komme ich wieder zum Anfang meiner Rede. Im Grunde kommen wir damit auch wieder zu unserem Antrag, den wir schon im letzten Jahr eingebracht haben. Herr Kultusminister, nehmen Sie die Kürzungen zurück. Denn es stimmt ganz einfach nicht, dass sie zu gering seien, um spürbare Auswirkungen zu haben. Herr Degen hat eben genau davon gesprochen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stecken Sie die Ressourcen in das System, die es braucht, damit es wirklich trägt. Hören Sie vor allem endlich diejenigen zu, für die Sie Verantwortung tragen. Das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern und natürlich die Schülerinnen und Schüler. Ich glaube, damit täten Sie sich und dem hessischen Bildungssystem einen großen Gefallen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem komme, was die Opposition heute Morgen hier veranstaltet, möchte ich über die reden, um die es eigentlich geht. Das sind die Schülerinnen und Schüler, das sind die Eltern, und das sind die Lehrerinnen und Lehrer.

Ich verstehe ausdrücklich, dass jede Mutter und jeder Vater, alle Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer einer Schule insbesondere für ihre Schule kämpfen und dass sie für ihre Schule die bestmöglichen Bedingungen haben wollen. Daran ist überhaupt nichts zu kritisieren. Es ist gut, dass sich die Menschen für ihre Schule engagieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Es können auch alle Schulen zusammen kämpfen!)

Es ist die Aufgabe der Politik, die Belange aller Schulen zu sehen. Da kann es Situationen geben, dass die Belange aller Schulen in einen Konflikt mit den Belangen einzelner Schulen geraten. Das ist etwas, was es in der Politik gibt und worüber wir reden sollten. Wir sollten das transparent machen. Wir müssen darüber mit den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern in den Dialog gehen.

Genau das machen wir. Deshalb war es richtig, dass der Kultusminister jetzt zu den Entscheidungen, die wir getroffen haben, den Dialog mit den Schulen sucht. Genau das ist der richtige Weg. Wenn man eine Entscheidung trifft, muss man sie auch erklären.

Meine Damen und Herren, man muss auch offen sein für das, was einem gesagt wird. Wir haben die Rückmeldung von den Schulen bekommen, dass es an den Schulen teilweise Doppelbelastungen gibt, weil mehrere Veränderungen in unserem Bildungssystem gerade gleichzeitig stattfinden.

(Florian Rentsch (FDP): Wie überraschend!)

Deshalb haben wir erklärt: Wir hören zu, wir reagieren darauf, wir schauen uns das an jeder Schule an, und wir werden auch auf diese Kritik reagieren und Veränderungen vornehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Jetzt möchte ich auf das eingehen, was die Opposition hier veranstaltet. Die Kritik der Opposition ist maßlos. Sie ist unseriös,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Lachen bei der SPD, der FDP und der LINKEN)

und sie ist auch völlig unglaubwürdig.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns doch einmal an, was sich hier für ein Bündnis der angeblichen Retter der Gymnasien zusammengefunden hat.

(Zurufe der Abg. René Rock und Nicola Beer (FDP))

Schauen wir uns das doch einmal an: Wenn SPD, FDP und LINKE dem geneigten Publikum erklären, sie würden bildungspolitisch auch nur annähernd dasselbe vertreten, dann ist Vorsicht angesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich hatte die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie bislang so verstanden, dass die hessische Sozialdemokratie eine große und lange Tradition darin hat, sich für

die Gesamtschulen und für längeres gemeinsames Lernen in unserem Land einzusetzen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Dass Sie jetzt die Kämpfer an vorderster Front für das Gymnasium sein wollen – Ludwig von Friedeburg würde sich im Grab herumdrehen, wenn er das noch erleben dürfte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Schauen Sie bitte noch ein bisschen weiter nach links, was der Bündnispartner zur Rettung der Gymnasien sagt.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Wissler, darf ich aus Ihrem Wahlprogramm zitieren?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sehr gern!)

Die Linkspartei hat in ihrem Wahlprogramm stehen – wörtliches Zitat, bitte alle zuhören –:

Weg mit dem gegliederten Schulsystem von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule ...

Dann erzählen Sie doch nicht, Sie seien hier die Vorkämpfer für das Gymnasium in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Forderungen der Opposition sind unseriös.

(Zurufe der Abg. Nancy Faeser, Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und René Rock (FDP))

Wir müssen uns einmal anschauen,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber in der gymnasialen Oberstufe schauen! – Fortgesetzte Zurufe von der SPD und der FDP – Glockenzeichen der Präsidentin)

was die Opposition allein seit Beginn dieses Jahres – nur in den ersten zwei Monaten dieses Jahres – den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes versprochen hat. Ich gehe sehr genau darauf ein, was die Kolleginnen und Kollegen der SPD versprochen haben: Änderungen an der Schule – rückgängig machen; Wohnungsbauprogramm – 2 Milliarden € mehr ausgeben als die Regierungskoalition;

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Kommunaler Finanzausgleich – 1 Milliarde € mehr ausgeben als die Regierungskoalition; kostenfreie Kitas – Kostenpunkt 400 Millionen €;

(Zurufe der Abg. Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Besoldungserhöhung für die Beamten – 230 Millionen €; zusätzliches Personal – 50 Millionen €; zusätzliche Straßen – 20 Millionen €. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres wollten Sie 3,7 Milliarden € mehr ausgeben. Es ist völlig unseriös, was Sie hier machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, der Satz: „Niemanden gegeneinander ausspielen“,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gut aufgepasst!)

dieser Satz ist richtig.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Einfach weiter!)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dieser Satz wird aber zur hohlen Phrase, wenn man sich aus allen finanzpolitischen Fragen verabschiedet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Anhaltende Zurufe von der SPD)

Die Kritik der Opposition ist maßlos, weil sie so tut, als hätte sich an den hessischen Gymnasien in den vergangenen Jahren nichts getan.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Geisterfahrt geht weiter!)

Ich darf einmal daran erinnern: Alle hessischen Gymnasien wurden privilegiert in das Ganztagschulprogramm des Landes aufgenommen – übrigens vorbei an allen anderen Schulformen.

(René Rock (FDP): Oh, oh, oh!)

Ich komme darauf noch einmal zurück. An allen Gymnasien gibt es die 105-prozentige Lehrerversorgung. An allen Gymnasien wurden die Klassengrößen von 33 auf 30 Schüler gesenkt. Alle Gymnasien wurden bei den doppelten Abiturjahrgängen mit zusätzlichem Personal unterstützt.

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP))

An allen Gymnasien wurden Unterstützungsmaßnahmen für G 8 geschaffen. Meine Damen und Herren, tun Sie doch bitte nicht so, als sei das Gymnasium in Hessen eine vernachlässigte Schulform.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Die Kritik der Opposition ist auch deshalb maßlos – ich habe sehr genau zugehört –, weil heute Morgen in den Reden der Opposition die anderen Schulformen in unserem Land überhaupt nicht vorkamen. Ich habe nichts gehört von den Herausforderungen an den Hauptschulen.

(Nicola Beer (FDP): Die macht ihr doch kaputt!)

Ich habe nichts gehört von den Herausforderungen an den Realschulen. Ich habe nichts gehört von den Herausforderungen an den hessischen Gesamtschulen. Ich habe nichts gehört von den Herausforderungen an den hessischen Sonderschulen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): „Grundschüler“ hat Barbara gesagt!)

Meine Damen und Herren, wir können nicht immer nur in Sonntagsreden von der Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung reden, und mittwochs im Plenum geht es ausschließlich um das Gymnasium. So funktioniert das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, dass man ausgerechnet den linken Teil des Hauses daran erinnern muss, dass die Arbeit in einer Hauptschulklasse mit 27 Schülern ein Leistungskurs für Lehrerinnen und Lehrer sein muss, erstaunt mich wirklich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ja, wir sehen den Wunsch und die berechtigte Forderung nach möglichst kleinen Kursen in der Oberstufe. Aber es gehört zu der Verantwortung für das gesamte Bildungssystem dazu, dass wir auch zur Kenntnis nehmen müssen – darüber gab es heute in der Debatte kein einziges Wort –, dass es in der Haupt- und Realschule in der Regel gar keine Klasse unter 15 Schülerinnen und Schülern gibt. Auch das gehört zu unserem Bildungssystem. Deshalb müssen wir beides im Blick behalten und dürfen uns nicht ausschließlich auf das Gymnasium fokussieren – so wichtig das Gymnasium selbstverständlich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich möchte noch etwas sagen. Ich schätze das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und der Eltern, die sich jetzt eingebracht haben, sehr hoch – ich habe das eingangs gesagt. Es ist gut, dass diese Stimme hörbar und vernehmbar ist.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wart ihr bei der Demo letzte Woche?)

Mein Verständnis von Bildungspolitik und von Gerechtigkeit im Bildungssystem ist, dass wir uns auch um die kümmern, die keine Stimme haben und die ihrer Stimme kein Gehör verschaffen können.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist so unverschämte! Immer die Leute gegeneinander auszuspielen!)

Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf Bildungs- und Chancengerechtigkeit gelegt. Deshalb bauen wir das Ganztagschulprogramm aus. Deshalb kümmern wir uns um Inklusion. Deshalb erhöhen wir die Lehrerzuweisung nach Sozialindex. Deshalb kümmern wir uns um die Deutschförderung von Migrantinnen und Migranten; denn wir kümmern uns auch um die Menschen in unserem Bildungssystem, die ihre Interessen vielleicht nicht so laut artikulieren können. Meine Damen und Herren, auch die dürfen nicht unter die Räder kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE)).

Es wird in Hessen keine einzige Stelle im Bildungswesen gekürzt.

(Zurufe von der SPD und der FDP – Gegenruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt doch keinen einzigen Vorschlag!)

Wir setzen sogar noch 800 zusätzliche Stellen ein. Trotzdem können wir nicht alles zusätzlich finanzieren. Das räume ich ein. Dann muss man den Menschen erklären, welche Prioritäten man setzt, warum nicht alles gleichzeitig geht und warum man eine Sache vorzieht und die andere dann etwas später macht. Das ist Politik und nichts Kritikwürdiges. Dass wir uns hier als schwarz-grüne Koalition

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Wagner, kommen Sie bitte zum Schluss.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

gegenüber dem linken Teil des Hauses rechtfertigen müssen, dass wir für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit sind, hätte ich mir vor zwei Jahren nicht träumen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat Kollege Merz das Wort.

Gerhard Merz (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Gut gebrüllt, Löwe!“

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

– Vorsicht, Vorsicht. Lieber Kollege Wagner, Sie wissen schon, dass der, zu dem das in Shakespeares „Sommernachtstraum“ gesagt worden ist, zu einer traurigen Hanswursttruppe gehört. Also Vorsicht, Vorsicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. René Rock (FDP) – Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Michael Bodenberg (CDU))

Erstens. Ich verwahre mich dagegen, dass über die parlamentarischen Anträge der Opposition in dem Stil geredet wird, den Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir in diesem Ton reden: Herr Kollege Wagner, im Gegensatz zu Ihnen nehme ich das parlamentarische Geschäft sehr ernst. Wenn wir über „Veranstaltung“ reden, dann könnten wir einmal über die Regierungserklärungen reden,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern!)

die wir seit Jahr und Tag jeden Plenardienstag bis zum Überdross ertragen müssen.

(Holger Bellino (CDU): Da können Sie doch etwas lernen! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zweitens. Wir haben hier über die gymnasialen Oberstufen geredet – und darüber haben Sie kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir haben über gymnasiale Oberstufen geredet – das hat mit dem Thema Gesamtschule und dreigliedriges Schulsystem überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und des Abg. René Rock (FDP) – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Natürlich nicht. Mein Kind geht auf eine integrierte Gesamtschule und wird dann selbstverständlich in eine gymnasiale Oberstufe gehen; ich nehme jedenfalls an, dass es das tun wird. Also haben diese beiden Dinge gar nichts miteinander zu tun.

Drittens. Sie haben beklagt, wir hätten heute hier nichts über die Hauptschule gesagt. Darf ich Sie daran erinnern, dass es die SPD-Fraktion war, die eine Große Anfrage zur Situation der Hauptschule gestellt hat, die im letzten Plenum besprochen wurde?

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Sie haben beklagt, wir hätten nichts zur Inklusion gesagt. Darf ich Sie daran erinnern, dass wir einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Inklusion in den hessischen Schulen vorgelegt haben, der genau das zum Ziel hatte, das Thema Inklusion immer und immer wieder auf der Tagesordnung zu halten? Wir haben das zu einem zentralen Thema bei dieser Bildungsgipfel-Veranstaltung gemacht und sie deshalb abgelehnt

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Merz, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Gerhard Merz (SPD):

und Ihre Ergebnisse nicht akzeptiert. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Zur Erwiderung, Kollege Wagner.

(Holger Bellino (CDU): Bei der SPD muss man schreien, um gehört zu werden!)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Merz, wenn ich das Maß Ihrer Aufregung als Indikator für die Richtigkeit meiner Argumente nehme, dann muss ich sehr viel Richtiges gesagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin froh, dass mein Redebeitrag dazu geführt hat, dass sich die Debatte jetzt etwas geweitet hat

(Lachen bei der LINKEN und der FDP)

und wir nicht nur über Gymnasien und Oberstufen reden – so wichtig sie sind –, sondern auch die anderen Schulen in unserem Land in den Blick nehmen. Denn genau das ist der Kern dieser Debatte. Der Kern dieser Debatte ist, dass wir in unserem Bildungssystem große Herausforderungen haben – im Gymnasium in der Oberstufe, aber eben auch in der Hauptschule, in der Realschule, in der Gesamtschule, in der Förderschule – und dass wir uns entscheiden müssen, welche Herausforderungen wir in welcher Reihenfolge angehen. Natürlich wünschen auch wir GRÜNE uns, wir könnten alles gleichzeitig angehen. Natürlich wünschen wir uns,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

man könnte alles mit zusätzlichem Geld und mit zusätzlichen Stellen machen. Meine Damen und Herren, die Kunst

der Politik aber beginnt da, wo es trotz zusätzlicher Stellen und trotz zusätzlichen Geldes einer Prioritätensetzung bedarf.

Da kann man es so machen wie die FDP und sagen: Es muss alles so bleiben in diesem Bildungssystem. – Dann bleibt es auch bei der sozialen Ungerechtigkeit des Bildungssystems.

(René Rock (FDP): Nein, wir haben investiert und nicht gekürzt wie Sie!)

Oder man hat den Mut, etwas zu verändern und endlich nicht nur in Sonntagsreden über Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu reden, sondern auch mittwochs im Plenum etwas dafür zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Kultusminister Prof. Dr. Lorz.

(René Rock (FDP): Er sagt jetzt etwas zum Thema!)

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich offensichtlich an der diesjährigen Oscar-Verleihung ein Beispiel genommen: Da gab es die Auszeichnung als bester Hauptdarsteller für einen Wiedergänger. Und so beschäftigen auch wir uns mit einem Thema, zu dem wir eigentlich genau dieselbe Debatte schon im letzten Sommer geführt haben.

Warum tun wir das? Nun, weil die Opposition in diesem Hause eine Chance gesehen hat, eine Protestbewegung von Eltern – die wir in der Landesregierung durchaus auch sehen und die wir sehr ernst nehmen – für die Kommunalwahl nutzbar zu machen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

obwohl das definitiv kein kommunalpolitisches Thema ist. Der Oppositionsführer hat das dankenswerterweise auch ganz offen zugegeben. Wenn man der Zeitung an dieser Stelle glauben darf, hat Herr Schäfer-Gümbel als bekennender Fußballfan sinngemäß erklärt: Wenn man den Ball so vorgelegt bekommt, dann muss man ihn auch versenken.

Nun, das ist politisch legitim und nicht zu kritisieren. Ob es ihm am Sonntag wirklich so viel genutzt hat, das lasse ich jetzt dahingestellt.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD))

Aber das zeigt natürlich, worum es bei dieser Debatte eigentlich geht: Es ist ein Nachkarten aus dem Wahlkampf.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Ich bin trotzdem dankbar, weil mir das die Gelegenheit gibt, noch einmal öffentlich herauszustellen, was diese Landesregierung in den vergangenen Jahren für das Bildungssystem getan hat und welche herausragenden Rahmenbedingungen sie gerade auch im Vergleich mit benachbarten Bundesländern geschaffen hat. Das ist ein klares Zeichen für die kontinuierliche Priorisierung des Bildungssektors, für die diese Landesregierung steht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, seit 1999 haben wir permanent zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, Tausende – und das, obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler seither ebenso permanent zurückgegangen ist.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Auch in dieser Legislaturperiode haben wir von Anfang an erklärt, dass wir alle Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im System belassen, trotz weiter zurückgegangener Schülerzahlen, und im Dezember haben wir mit dem Haushalt 2016 noch einmal 800 neue Stellen draufgesetzt. Meine Damen und Herren, stärker kann man den politischen Schwerpunkt dieser Landesregierung im Bildungsbereich auch unter Haushaltsaspekten nicht unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Unterrichtsversorgung von 82 % auf 105 % gebracht. Wir haben die Lehrer/Schüler-Relation auf 1 : 15 verbessert, und damit haben wir gerade auch im Gymnasium sehr viel erreicht. Die bevorzugte Aufnahme der Gymnasien ins Ganztagsprofil ist schon angesprochen worden. Ich will hinzufügen: Wir haben auch die maximale Klassengröße in den Gymnasien von 33 auf 30 Schülerinnen und Schüler gesenkt. Damit haben wir eine Reduzierung der durchschnittlichen Klassengröße auf rund 26 Schülerinnen und Schüler erreicht – so wenige hatten wir in Hessen im Schnitt noch nie in den Klassen. In den nächsten vier Jahren werden wir beispielsweise noch die Ausstattung der Gymnasien mit Funktionsstellen zur Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben verbessern. Insgesamt investieren wir damit für die optimale Ausbildung der gegenwärtigen und kommenden Schülergenerationen mehr Geld als je zuvor in der Geschichte dieses Landes, und zwar über alle Sektoren des Bildungssystems hinweg.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, jetzt geht es darum, ob man innerhalb des Systems eine kleine Verschiebung von Ressourcen vornehmen darf, um den drängenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Bildungsbereich noch besser gerecht werden zu können, also ob man von all den Zuwächsen der vergangenen Jahre in der Sekundarstufe II – ich will nochmals klarstellen: Es geht hier nicht um Schulformen, es geht um Schulstufen –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke! – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Die Frage ist, ob man von all den Zuwächsen der vergangenen Jahre in der Sekundarstufe II, die davon auch in besonderer Weise profitiert hat, ein kleines bisschen wegnehmen darf, um es den Grundschulen und der Sekundarstufe I, also den Einrichtungen am Anfang der Bildungskette, zugutekommen zu lassen, über alle Schulformen hinweg.

Und es ist eine kleine Verschiebung. Die Hälfte davon ist schon geschehen. Wir sehen die Fakten. In der Einführungsphase zur gymnasialen Oberstufe, die in diesem Schuljahr mit dieser Hälfte der Zuweisungsreduzierung betroffen war, ist die Kursgröße um weniger als 0,7 Schüler pro Kurs gestiegen, und kein Kurs wurde eingestellt. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit. Das ist das, was wir schon jetzt dokumentieren können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt weiß ich, was gleich kommt, und ich höre das immer wieder: Das ist alles nur Statistik, und vor Ort sieht das alles ganz anders aus.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir haben z. B. heute auch schon zweimal den Verweis auf Leistungskurse mit 28 Schülerinnen und Schülern gehört. Ich will jetzt einmal davon absehen, dass es mathematisch überhaupt nicht sein kann, dass – wenn die tatsächliche Durchschnittszahl der Schülerinnen und Schüler im Leistungskurs bei 17,8 liegt – dann massenweise Leistungskurse mit 28 Schülerinnen und Schülern in Hessen unterwegs sind. Meine Damen und Herren, das ist einfach nicht möglich.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD))

Aber vielleicht darf man auch darauf hinweisen, dass wir, Stand heute, in Hessen über 600 Leistungskurse mit weniger als zehn Schülerinnen und Schülern haben und knapp 100 Leistungskurse mit weniger als 5 Schülerinnen und Schülern. Meine Damen und Herren, das ist doch ein klarer Beleg dafür, wie gut die gymnasiale Oberstufe in der Vergangenheit ausgestattet worden ist. Ich kann Herrn Abg. Greilich nur unterstützen: Ich würde denjenigen, die auf Rheinland-Pfalz verweisen, wirklich wünschen – aber eigentlich kann ich das nicht tun –, das einfach einmal vor Ort auszuprobieren. Dann nämlich würden sie die Unterschiede wahrnehmen und so etwas nicht mehr in irgendwelche Briefe schreiben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, diese hervorragende Ausstattung verringert sich geringfügig gegenüber den letzten beiden Schuljahren. Aber sie bleibt an allen grundständigen Gymnasien und Gesamtschulen besser, als sie es noch vor fünf Jahren war. Ich finde, man darf schon die Frage stellen, warum eine Versorgung, die damals als vollkommen auskömmlich galt, jetzt plötzlich den Zusammenbruch des gymnasialen Bildungsgangs markieren soll.

(Florian Rentsch (FDP): Wir haben sie erhöht, weil wir sie nicht für auskömmlich gehalten haben! Genau das ist es!)

Herr Abg. Degen hat seine Rede damit begonnen – das fand ich sehr nett –, dass er der heute beginnenden Abiturprüfungen gedacht hat. Heute wird Physik geschrieben, und zum Glück läuft alles glatt. Das freut auch mich sehr. Ich nutze die Gelegenheit: Auch ich wünsche allen Abiturientinnen und Abiturienten viel Glück. Ich darf ihnen versichern: Auch ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger werden in Zukunft ohne Probleme ein gutes Abitur machen können. Die Versorgung dafür ist gewährleistet.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und trotzdem, meine Damen und Herren: Weil wir die Reaktionen alle ernst nehmen, sind wir in einen Dialogprozess mit allen betroffenen Schulen eingetreten, um eventuelle besondere Konstellationen und Härten zu identifizieren, die sich eben nicht in der Statistik abbilden,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Einen Dialogprozess!)

und um etwaige Maßnahmen zur Gegensteuerung zu besprechen. Wir nehmen diesen Prozess ebenfalls sehr ernst. Er bringt uns auch interessante Erkenntnisse. Es gibt Fälle, wo wir gesehen haben, da kommen bestimmte Faktoren zusammen, da muss man etwas tun, darauf muss man reagieren. Das besprechen wir gerade, das überlegen wir gerade. Wir haben aber auch durchaus Erkenntnisse gewonnen, wo wir gesehen haben, dass sich das Kursangebot, wie es in der Vergangenheit an den Schulen gewährleistet wurde, völlig problemlos, wie es unsere Daten zeigen, mit der neuen Versorgung gewährleisten lässt.

Aber dann muss man vielleicht auch über solche Dinge reden können wie z. B. über Überstunden von Lehrerinnen und Lehrern, die aus der Vergangenheit vor sich hergeschoben werden, wohlgermerkt: nicht abgeleistete Überstunden, sondern sozusagen gebunkerte Stunden aus der Zuweisung. Da muss man vielleicht auch über besondere Entlastungsstunden reden, die in der einen oder anderen Großzügigkeit gewährt werden. Da muss man vielleicht auch über die eine oder andere Arbeitsgemeinschaft reden. Ich verstehe jede schöne Arbeitsgemeinschaft, ich gönne sie auch jedem. Aber ob man wirklich in der Oberstufe am Gymnasium unbedingt nebenher noch fechten lernen muss – ich finde, das sind Punkte, die darf man, wenn man sich die bildungspolitischen Herausforderungen insgesamt anschaut, an der einen oder anderen Stelle einmal hinterfragen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden diesen Prozess weiterführen. Er ist noch nicht abgeschlossen, wir haben auch noch keine Zuweisung für das kommende Schuljahr festgelegt. Wir werden im Rahmen des Möglichen Konsequenzen daraus ziehen. Deshalb haben wir die Schulen eingeladen.

Ich bin schon ein bisschen verblüfft – das will ich auch nicht verhehlen –, wenn der Abg. Degen hier viele konkrete Beispiele zitiert. Wenn ich richtig mitgehört habe: Von all den Schulen, die Sie angesprochen haben, haben nur zwei uns überhaupt irgendein Problem signalisiert und sich an uns gewandt. Das finde ich schon interessant. Wo Sie die Beispiele hernehmen, würde mich interessieren. Wir gehen dem gern im Einzelnen nach, wir fahren auch gern in jede einzelne Schule. Wir werden das z. B. am Lessing-Gymnasium in Frankfurt, das hier ausdrücklich erwähnt worden ist, persönlich machen, weil mir an diesem Dialog etwas liegt, weil mir etwas daran liegt, festzustellen, dass wir auch wirklich keine besonderen unerwünschten Konsequenzen herbeiführen, die wir vielleicht aufgrund unserer statistischen Daten nicht sehen. Aber das, was sich bei uns abbildet, zeigt bisher nicht, dass hier in irgendeiner Form ein generelles Problem vorliegt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch eines festhalten. Wir haben unsere investiven Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode betont: dem wachsenden Wunsch und Bedarf nach ganztägigen Angeboten gerecht zu werden, der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft mit einer gesteigerten individuellen Förderung Rechnung zu tragen und natürlich auch neu in die Schule kommende Kinder und Jugendliche mit den notwendigen Sprachkenntnissen auszustatten. Niemand – nicht in den Medien, nicht in den vielen Zuschriften, die

auch viele hier im Raum bekommen haben und die vorhin angesprochen worden sind, nicht in diesem Haus – hat diese Schwerpunktsetzung je kritisiert. Das darf der Kultusminister vielleicht auch einmal positiv feststellen, dass offensichtlich alles, was wir tun und wofür wir Geld ausgeben – mehr als je zuvor in der Geschichte dieses Landes – gut und richtig ist. Denn wenn daran überhaupt Kritik kommt, dann die, dass das alles noch zu wenig sei.

Nur, wenn das alles gut und richtig ist, wenn es selbst davon noch mehr sein dürfte und dann noch nichts innerhalb des Bildungssystems in irgendeiner Form neu angeordnet oder verschoben werden darf, dann muss auch einmal jemand sagen, wo das Geld herkommen soll.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir haben eine Vorstellung!)

Dazu höre ich nichts: in den Medien, auch in den vielen schlaun Kolumnen dazu, nichts, in den durchaus zahlreichen Zuschriften nichts, in den Anträgen zu dieser Debatte nichts und in den Reden, die hier gehalten worden sind, natürlich auch nichts.

Meine Damen und Herren, in all den Mails, die ich wie auch viele andere zu diesem Thema erhalten habe, habe ich genau zwei Vorschläge zur Finanzierung gefunden. Die will ich Ihnen nicht vorenthalten. Vielleicht habe ich auch einen übersehen, Sie dürfen das gern anhand Ihrer eigenen Mailbox nachvollziehen. Der eine war die Wiedereinführung von Studiengebühren, um daraus die Oberstufe querzuzubventionieren. Das fand ich schon interessant. Das stößt allerdings auf gewisse juristische Hindernisse, von anderen Aspekten abgesehen. Der zweite war der Verzicht auf die Anschaffung des neuen Sturmgewehrs für die Bundeswehr.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob diese Vorschläge ernst gemeint waren. Aber es ist jedenfalls immer noch mehr, als die Opposition in diesem Hause zu bieten hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christoph Degen (SPD): Haushaltsdebatte!)

Denn das, was die Opposition hier an Finanzierungsvorschlägen bietet, ist, wie wir schon festgestellt haben, nichts, und das ist ein bisschen wenig. Ich sagte eben, ich weiß nicht, ob die genannten Vorschläge ernst gemeint waren. Aber die Opposition bietet hierzu nicht einmal etwas, was man ernst nehmen könnte.

(Christoph Degen (SPD): Letzte Haushaltsdebatte!)

– Da gab es auch keine Finanzierungsvorschläge. – Meine Damen und Herren, damit qualifiziert man sich nicht für die Übernahme politischer Verantwortung – denn dazu gehört eben auch, mit der Endlichkeit von Ressourcen umzugehen –, sondern nur für das, was Sie sind und bleiben werden, nämlich als Opposition. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

(Dirk Landau (CDU): Nicht schon wieder die Vermögenssteuer!)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich muss schon sagen, das grenzt an Realitätsverleugnung, was Sie hier machen. Da gibt es Hunderte E-Mails, Hunderte Zuschriften, da gibt es eine Petition, da gibt es eine Demonstration, und Sie stellen sich hierhin und sagen, es gebe kein generelles Problem. Ich frage Sie: Was sollen denn die Eltern und Schüler noch tun, damit das Problem bis zum Kultusministerium vordringt?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Wagner, ich muss schon sagen, Ihre Rede spricht für sich.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Ich finde es wirklich unfassbar, mit welcher Ignoranz und mit welcher Arroganz Sie hier auftreten und die Sorgen und Nöte der Eltern und Schüler einfach wegreßen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Ich finde es unfassbar, wie heuchlerisch Sie sind! Sie wollen die Gymnasien abschaffen, damit ist alles gesagt! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Wagner, Sie haben gesagt – –

(Michael Boddenberg (CDU): Ausgerechnet Sie, Sie wollen die Gymnasien abschaffen! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren!

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie die Gymnasien abschaffen, ja oder nein?)

Augenblick, Frau Wissler. Ich muss die Schulklasse erst zur Ruhe bringen. – Sie haben das Wort, bitte schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Wagner, Sie haben gesagt, Sie verstehen, dass alle Eltern und Schüler jeweils für ihre eigene Schule kämpfen. Mir scheint, dass Sie die Lage nicht ganz verstanden haben. Denn hier kämpft nicht jeder für seine eigene Schule,

(Zurufe von der CDU: Doch!)

sondern alle gemeinsam kämpfen gegen die Kürzungen der Landesregierung. Das ist die Situation.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das absolut Perfide ist, dass Sie wiederholt versucht haben und versuchen, Schülerinnen und Schüler verschiedener

Schulen gegeneinander auszuspielen. Das ist das Perfide, was Sie hier machen,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Judith Lanert (CDU): Sie machen das, nur Sie allein!)

als würde die eine Schule davon profitieren, dass Sie an der anderen kürzen.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es aber auch!)

Herr Wagner, was ich noch viel schlimmer finde, ist, dass Sie die Inklusion oder die Deutschkurse für Migranten anführen, um Kürzungen an den Grundschulen und in der gymnasialen Oberstufe zu begründen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Wissler, wie wollen Sie das finanzieren? Wo ist denn Ihr Vorschlag?)

Wer Deutschkurse für Migranten anführt, um an den gymnasialen Oberstufen zu kürzen, der spielt nicht nur Menschen gegeneinander aus, sondern der vergiftet das gesellschaftliche Klima und schürt ganz gefährliche Stimmungen, nach dem Motto: Die Flüchtlinge nehmen euch etwas weg.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Wissler, einen Augenblick bitte.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Einzige, der diesen Zusammenhang hergestellt hat, sind Sie!)

– Meine Damen und Herren, bitte, ich habe eine allgemeine Anmerkung zu machen. – Auf der Besuchertribüne sind Beifallskundgebungen nicht erlaubt. – Danke schön.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Einzige, der den Zusammenhang hergestellt hat, waren Sie, Frau Wissler!)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Genau das haben Sie eben in Ihrer Aufzählung mit aufgezählt. Für Kürzungen an den Schulen sind doch nicht die Flüchtlinge verantwortlich, sondern die Unterfinanzierung des Bildungssystems. Das ist das Problem – und nicht die Flüchtlinge, die hierherkommen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! – Frau Kollegin Wissler, einen Augenblick bitte. Es geht nicht von Ihrer Redezeit ab.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oskar Lafontaine lässt grüßen, Frau Wissler! – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege Wagner, prinzipiell gilt das bekannte Echo-Prinzip: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. – Das gilt im Landtag natürlich nicht. Sie können so laut reden, wie Sie wollen. Das Publikum hat schlichtweg

nicht so zu reagieren. Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit und mehr Ruhe. – Danke schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Wenn es zusätzliche Aufgaben im Bildungssystem gibt – und die gibt es –, dann müssen diese zusätzlich finanziert werden.

(Michael Boddenberg (CDU) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie denn, bitte?)

Aber was nicht geht, ist, zu sagen: Wir kürzen an den Grundschulen und den gymnasialen Oberstufen, um anderswo etwas zu finanzieren.

(Judith Lannert (CDU): Sie machen das, niemand anders!)

Ich bin mir sehr sicher, dass Eltern, Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler sich nicht ausspielen lassen und es durchschauen, dass Sie versuchen, Menschen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe)

Besonders schlimm finde ich, dass Sie jetzt auch noch versuchen, das Ganze als einen Akt der Chancengleichheit darzustellen. Herr Wagner, wenn man 16-Jährigen die Leistungskurse zusammenkürzt, hat das mit Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen die Gymnasien abschaffen!)

Natürlich sind diese Kürzungen spürbar – das war absehbar. Deswegen haben wir bereits im letzten Jahr einen Antrag gestellt, den Sie abgelehnt haben. Wenn Sie schon aus dem Wahlprogramm der LINKEN zitieren – Sie haben es zitiert, aber nicht verstanden –: Es geht nicht darum, dass die Befürworter von längerem gemeinsamen Lernen die Gelder der gymnasialen Oberstufe kürzen wollen. Wir wollen das Abitur doch nicht abschaffen. Natürlich braucht man die gymnasiale Oberstufe, damit die Menschen dort Abitur machen können.

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie es doch einfach noch einmal, dass Sie die Gymnasien abschaffen wollen!)

Deswegen: Es geht um die Verteidigung gleichwertiger Bedingungen im Bildungssystem. Das Absurde ist, dass in der nächsten Debatte die CDU die Schuldenbremse loben wird – Sie alle werden die Schuldenbremse loben.

(Michael Boddenberg (CDU): Richtig!)

Ich finde, es zeigt die ganze Absurdität, wenn im Namen der Generationengerechtigkeit jetzt die Lehrerstellen weggekürzt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Judith Lannert (CDU): Wie finanzieren Sie das denn? Sagen Sie es doch einmal! – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn Ihr Antrag?)

– Frau Lannert, es geht hier um einen zweistelligen Millionenbetrag. In diesem Land wird so viel Geld für Unsinn ausgegeben. Wenn Flughäfen gebaut werden, die kein Mensch braucht, wird überhaupt nicht darüber geredet, ob das finanzierbar ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Die Reichensteuer müssen Sie noch nennen! – Weitere Zurufe)

So viel Geld wird für sinnloses Zeug ausgegeben. Dann müssen doch 10, 12 oder 15 Millionen € ins Bildungssystem fließen können. Meine Damen und Herren, das Geld kann man im Landeshaushalt ohne Probleme umverteilen.

(Beifall bei der LINKEN – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen es sich ganz schön einfach!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich ermahne Sie erneut. Frau Kollegin Dorn, bitte. – Danke schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Um zum Schluss zu kommen: Herr Minister, Sie haben sich jetzt dafür gelobt, dass Sie in einen offenen Dialogprozess mit den Schulen eintreten.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben wir auch!)

Das ist doch ein Hohn. Beim Bildungsgipfel haben wir gesehen, wie offen dieser Dialog ist. Aber erst den Leuten die Stellen für Lehrer wegkürzen, Tatsachen schaffen und dann sagen: „Wir können noch einmal darüber reden“, ist doch vollkommen absurd. Da hilft es auch nicht, den Schülern zu erklären: Euer Lehrer ist gar nicht weg, er ist jetzt nur woanders und unterrichtet andere.

(Holger Bellino (CDU): Bei Ihnen waren die Lehrer gar nicht da!)

Von daher ist dieser offene Diskussionsprozess doch wirklich ein Hohn. Deswegen ist es richtig, dass so viele Menschen auf die Straße gegangen sind – auch in der letzten Woche – und gemeinsam demonstriert haben. Sie haben sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, wie Herr Wagner es hier auf die perfideste Art und Weise versucht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Er war gar nicht dabei!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rentsch für die FDP-Fraktion.

(Janine Wissler (DIE LINKE), an Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gewandt: Natürlich haben Sie die Deutschkurse angeführt!)

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal sagen, dass Herr Kollege Lorz viele Jahre lang vieles richtig gemacht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben nicht nur die Ausstattung der Schulen verbessert, die 105-prozentige Lehrerversorgung eingeführt und kleinere Klassen geschaffen. Das haben Sie gemacht, als Sie Staatssekretär bei Frau Beer waren. Ich muss sagen, das haben Sie richtig gut gemacht.

(Beifall bei der FDP – Zurufe)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch in der Regierung mit einer Koalition von CDU und GRÜNEN dieses Gewicht hätten, um die Schulpolitik fortzusetzen, die wir damals gegen große Widerstände der Union verteidigt haben.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, die Kollegen können sich daran erinnern, dass wir diese Bildungspolitik immer wieder verteidigen mussten. Ich will das einmal ganz konkret sagen, weil ich glaube, dass die GRÜNEN hier nicht richtig informiert worden sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Aber ein bisschen sollten wir bei der Wahrheit bleiben!)

– Ich merke, dass Sie sich sehr aufregen, aber ich will Ihnen das einmal erklären: Als wir in der Koalition waren und die 105-prozentige Lehrerversorgung durchgesetzt haben, gab es viel Kritik aus den Reihen der CDU-Fraktion und aus den anderen Ministerien, nach dem Motto: Muss Bildung so viel bekommen? – Wir haben damals gesagt: Bildung ist das wichtigste Thema dieses Landes; es ist die Zukunftsinvestition. Deshalb setzen wir dort die Priorität.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Dazu brauchen wir Sie nicht!)

Wer sich die Zahlen anschaut, sieht, dass Deutschland ca. 700 Milliarden € für Sozialpolitik und ca. 120 Milliarden € für Bildungspolitik ausgibt. Die Prioritäten in Deutschland sind noch lange nicht richtig gesetzt.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie die Renten kürzen, oder was haben Sie vor?)

Als Sie das gemacht haben, kam der Finanzminister und sagte: So geht das nicht. Die Einnahmen sind knapp – anders als heute –, und wir müssen jetzt dringend etwas tun. Wenn ihr nicht eine vierstellige Zahl von Lehrern einsparen wollt, müssen wir die Grunderwerbsteuer erhöhen. – Jetzt sage ich Ihnen einmal, was uns das abverlangt hat – ich glaube, den Kollegen darf ich das sagen –: Das war eine der intensivsten Diskussionen, die ich in meiner Fraktion jemals erlebt habe.

Die Entscheidung, ob wir bei der Bildung kürzen oder eine Steuererhöhung akzeptieren müssen, haben wir uns wirklich nicht einfach gemacht. Herr Kollege Boddenberg, wir – auch Frau Kollegin Beer als Kultusministerin – haben aber gesagt, Bildung ist uns so wichtig, dass wir das nicht machen lassen. Wir haben sogar diese Grunderwerbsteuererhöhung mit aufgenommen.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das stimmt jetzt wieder!)

Was kam danach? Die GRÜNEN treten in eine Koalition ein, erhöhen die Grunderwerbsteuer noch einmal und fangen jetzt an, bei der Bildung zu kürzen,

(Michael Boddenberg (CDU): Wo kürzen wir denn?)

obwohl die Kassen dieses Landes mit 1,4 Milliarden € Steuereinnahmen so voll wie noch nie sind. Herr Kollege Boddenberg, Sie wollen uns heute erklären, dass es zu dieser Politik keine Alternativen gebe. Es ist aberwitzig, was Sie hier machen.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Wo kürzen wir denn, Herr Rentsch?)

Ich kann nicht beurteilen, ob der Kultusminister in dieser Koalition nicht das Gewicht hat, diesen Bereich weiter zu schützen. Aber ich würde mir wünschen, er würde es tun; denn das, was hier passiert, ist sozusagen gegen die Zukunft des Landes gerichtet.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Stephan Grüger (SPD))

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Die Sekundarstufe II ist nicht nur ein Thema der Gymnasien, der gymnasialen Oberstufen und der beruflichen Gymnasien, sondern auch ein Thema der Gesamtschulen, weil natürlich auch dort gymnasiale Oberstufen vorhanden sind. Diese Kürzung, die Sie jetzt vornehmen, ist nicht alternativlos. Meine Damen und Herren, wenn sich das die Mitglieder der Regierungsfractionen haben einreden lassen, dann haben sie ihren Job nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Sie brauchen sich keine Sorgen um unsere Fraktionsmitglieder zu machen!)

Sie hätten sich einmal die Zahlen anschauen und selbst Alternativen auf den Weg bringen müssen.

Herr Kollege Wagner, Sie haben eine Rede gehalten, die ich nur als „lebende Nebelkerze“ bezeichnen kann. Es ist der typische Versuch des Kollegen Wagner, abzulenken; denn Sie haben schon längst gemerkt, was Sie hier für einen Fehler gemacht haben.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Michael Boddenberg (CDU))

Sie haben sich eine Kürzungspolitik aufdrücken lassen, zu der es Alternativen gäbe. Mittlerweile haben Sie gemerkt, dass es ein Fehler war.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist schon einmal gut!)

– Herr Kollege Boddenberg schreit. Herr Präsident, ganz ehrlich, ich mag den Kollegen Boddenberg und kenne ihn lange, aber ich verstehe ihn kaum. Er kann nach vorne kommen und reden, aber so wird es nichts. Herr Boddenberg, ich verstehe Sie nicht – auch inhaltlich nicht.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU)

– Gern. – Deshalb: Wir erwarten, dass Sie den heutigen Tag nutzen und nicht weiter die Variante „Wir sind die lebende Nebelkerze, wir spielen Schulformen gegeneinander aus“ spielen. Herr Wagner, das ist das, was Sie getan haben. Sie haben gerade – die Kollegin Wissler hat zu Recht darauf hingewiesen – die Katze aus dem Sack gelassen. Sie haben selbst gesagt, dass Einsparungen in diesem Landeshaushalt notwendig sind. Dann haben Sie gesagt, dass in der Schule gar nicht eingespart, sondern nur umverteilt wird.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Stephan Grüger (SPD))

Wer den Schulen bei gleicher Lehrerzahl mehr Aufgaben gibt, kürzt natürlich bei den Schülerinnen und Schülern. Es ist doch nichts anderes, was Sie dort machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Was deshalb die Kritik an den Sozialdemokraten nach dem Motto „Die Sozialdemokraten seien jetzt auf einmal für Gymnasien“ betrifft: Man darf auch über Nacht klüger werden. Aber ich will Ihnen einmal sagen, was es in diesem Landtag mittlerweile gibt: eine Phalanx zwischen der Linkspartei und der CDU.

(Lachen bei der CDU – Clemens Reif (CDU): Der Retter ist da! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, solange der Kollege Irmer noch für die Bildungspolitik zuständig war – wir haben viele schlimme Stunden mit ihm verbringen müssen –,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hat er sich wenigstens um die Gymnasien gekümmert. Ich will Ihnen einmal sagen, wo der kleine Unterschied zwischen Frau Wissler und der CDU ist: Frau Wissler will von Anfang an den Gymnasien das Licht ausschalten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt hören Sie doch bitte einmal auf! – Zurufe der CDU)

Sie geben ihnen einfach weniger Geld, damit sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können. Das ist genau das, worum es hier geht.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Deshalb können wir Ihnen nur sagen: Mag sein, dass Sie unterschiedliche Wege beschreiten und das eine oder das andere fordern – wenn das Ergebnis zum Schluss das gleiche ist, ist es genauso falsch.

Deshalb – letzter Satz Herr Präsident, ich weiß, die Redezeit ist zu Ende –: Mit dem, was die CDU mit der Schulpolitik macht, versündigt sie sich an den kommenden Generationen in diesem Land. Es ist falsch, und es ist gegen die Gymnasien gerichtet. Die Gymnasien sollten als Schulform in Hessen weiter eine große Rolle spielen. Das, was Sie machen, ist das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP – Judith Lannert (CDU): Das ist unmöglich!)

Präsident Norbert Kartmann:

Kolleginnen und Kollegen, es gibt nur eine Möglichkeit, in Ruhe zu reden: indem ich schlichtweg alle Sekunden addiere, in denen laute Zwischenrufe gemacht werden. Dann habt ihr eben längere Redezeiten. Aber so, wie wir uns momentan hier verhalten, geht es nicht. Zwischenrufe sind zwar erlaubt, aber nicht in Permanenz.

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Degen, SPD-Fraktion.

Christoph Degen (SPD):

Ich will mich bemühen, die Redezeit nicht auszureizen. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da die Regierungsfaktionen und der Herr Minister als Argument offenbar nur anführen können, dass die Opposition keine Gegenfinanzierung hat, stelle ich fest, dass Sie in den letzten Haushaltsberatungen anscheinend nicht aufgepasst haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ganz konkrete Vorschläge gemacht. Da wir die Kürzungen schon in den letzten Haushaltsberatungen zurücknehmen wollten, haben wir genau diese Anträge ein-

gebracht. Wir haben das, was dort steht, auch gegenfinanziert. Was ist denn mit den 15 Millionen €, die im Ganztagschuletat stehen – die Sie da verstecken –, die gar nicht abgerufen werden, weil Sie Stellen in Geld umwandeln? Was ist denn mit diesen 15 Millionen €?

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn mit den vielen Millionen Euro auf den Schulgirokonten der selbstständigen Schulen, die nach drei Jahren an den Finanzminister zurückfließen? Sie finden doch sonst immer eine Rücklage für die Ihnen wichtigen Projekte. Also tun Sie nicht so, als ob all das nicht finanzierbar wäre. Wer das will, der kann es auch.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Ich bin froh, dass der Herr Minister wenigstens erkannt hat, dass die gymnasiale Oberstufe nicht mit dem Gymnasium gleichzusetzen ist,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

sondern dass in der Oberstufe auch viele Schüler sind, die früher auf Gesamtschulen oder Realschulen gingen, und dass es deswegen wichtig ist – ich habe vorhin versucht, das rüberzubringen –, dass es gute Bedingungen in den Oberstufen gibt: damit die Kids, die es vorher schwer hatten, eine Chance haben, das Abitur zu machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Wagner, dass gerade die GRÜNEN jetzt in dieses Horn blasen und irgendwelche alten Feindbilder von den Sozialdemokraten hervorholen, enttäuscht mich sehr. Das macht Sie wirklich nicht zu mehr als zum stellvertretenden Pressesprecher der CDU Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Wenn man sich anschaut, wann in Hessen gekürzt wurde – es wird gerade von dieser Seite aus immer wieder an rot-grüne Landesregierungen erinnert –, stellt man fest, dass die GRÜNEN die einzige Konstante sind, die es in Hessen bei Regierungsbündnissen gibt, wenn es um Kürzungen bei den Mitteln für Schulen geht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir wissen aber auch, welche Debatten es damals gab!)

Meine Damen und Herren, was die Opposition hier vereint, ist die Geschlossenheit: dass wir nicht die einen gegen die anderen ausspielen, sondern für Geschlossenheit in der Gesellschaft sorgen. Das ist es, was uns verbindet: nicht die einen gegen die anderen auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Eltern. Würden Sie sich einmal die Zeit nehmen, sich mit Eltern zusammzusetzen – so, wie wir es gemacht haben –, bekämen Sie mit, dass hier nicht die einen Schulen gegen die anderen schießen, es also nicht um die Eltern von Kindern, die die eine Schulform besuchen, gegen die Eltern von Kindern, die eine andere Schulform besuchen, geht, sondern dass die hessische Elternschaft hier sehr geschlossen für ein besseres Bildungssystem und für mehr Investitionen kämpft und dass die Eltern sich eben nicht gegeneinander ausspielen lassen. Meine Damen und Herren, dafür gebührt ihnen Anerkennung und nicht auch noch Schimpfe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt dabei: Sie reißen Löcher auf, um andere zu stoppen. So kommen Sie nicht weiter. Wir brauchen zwar an vielen Schulen mehr Investitionen zugunsten von Chancengleichheit, im Augenblick aber vor allem an den Oberstufen. Wenn Sie denen etwas wegnehmen, machen Sie es nicht besser.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Boddenberg, Fraktion der CDU.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, wenn es heute im Hessischen Landtag ein bisschen lauter zugeht, wundern Sie sich bitte nicht. Das haben wir häufig bei Themen, die sehr emotionalisieren.

(Florian Rentsch (FDP): Das haben Sie häufiger bei dem Thema!)

Ich glaube, die Schulpolitik ist ein Thema, bei dem sich der Streit lohnt. So erklärt sich die eine oder andere aufgewühlte Reaktion heute, sowohl von meiner Seite als auch vonseiten anderer Zwischenrufer.

Es geht um die Zukunft unserer Kinder, und es geht um die Eltern und deren berechnete Interessen. Das hat Mathias Wagner eingangs sehr zu Recht gesagt. Ich glaube, wir alle dürfen für uns reklamieren, dass es unser vorrangiges Ziel ist, in unserem Land zu einer optimalen Bildung und zur Bildungsgerechtigkeit zu kommen.

Aber es geht immer auch darum – ich bitte Sie, das uns allen denjenigen, die die Regierungsverantwortung tragen, nachzusehen –, dass wir in der Politik mit begrenzten Mitteln sorgfältig umgehen müssen. Da haben es die Oppositionsfraktionen per se etwas einfacher; denn sie müssen nicht den Beweis dafür antreten, dass das Ganze auch in das Korsett mehrerer großer Zielsetzungen passt.

Ich werde gleich zur Schuldenbremse reden. Herr Degen, deswegen habe ich „Wir reden gleich!“ dazwischengerufen. Ich rede gleich dazu; das ist der nächste Tagesordnungspunkt.

Die Oppositionsfraktionen tun sich naturgemäß etwas leichter mit dem Geldausgeben.

(Lachen bei der SPD)

Aber ich finde, das habe ich nach dem, was Herr Wagner heute gesagt hat, freundlich formuliert. Lieber Mathias Wagner, ohne dass wir uns abgesprochen haben:

(Florian Rentsch (FDP): Nein!)

Ich komme auf dieselbe Summe. Ich komme auf 3,6 Milliarden €, die die SPD allein in diesem Jahr mehr ausgeben will, indem sie, insbesondere natürlich rein zufällig vor einem Wahltermin, das eine oder andere verspricht, immer nach dem Motto: Es könnte noch ein bisschen mehr und noch ein bisschen besser sein.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Degen, Sie persönlich können nichts dafür, dass ausgerechnet die Sozialdemokraten glauben, bei der Lehrerversorgung punkten zu können. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes der berühmte Treppenwitz der Geschichte. Herr Rudolph ist gerade nicht da; er beschwert sich meistens darüber, dass wir die Vergangenheit bemühen, indem wir darauf verweisen, dass 1999 die Gymnasien in Hessen eine Lehrerversorgung von 82 % hatten.

(Zurufe von der SPD)

– Die Kollegen, die jetzt dazwischenrufen, waren möglicherweise ebenfalls nicht dabei. Das weiß ich nicht. So sah es aus, als Sie zuletzt die Regierungsverantwortung getragen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das muss an den GRÜNEN gelegen haben!)

Herr Kollege Schmitt, wenn jetzt Ihr Bedauern zum Ausdruck kommt, sage ich: Ich kann verstehen, dass Sie bedauern, so lange keine Regierungsverantwortung mehr getragen zu haben. Aber Sie wissen doch genauso gut wie ich, der zentrale Grund für den Regierungswechsel war seinerzeit, dass Sie in diesem Land eine katastrophale Schullandschaft hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das müssen die GRÜNEN gewesen sein!)

Reden wir also über Ressourcen und über Abwägungen. Dazu ist alles gesagt worden.

Eines sage ich hier aber sehr deutlich: Ich werde den Herrn Kultusminister in den nächsten Tagen noch bei vielen Gelegenheiten fragen, was er denn gemeint hat, als er beispielsweise auf die Verantwortlichkeit der Schulleiterinnen und Schulleiter zu sprechen gekommen ist.

Ich schiebe hier niemandem den Schwarzen Peter zu. Aber ich erwarte, dass Menschen, die solch verantwortungsvolle Positionen innehaben, zunächst einmal mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen – dazu hat er eine ganze Menge gesagt –, die grundsätzlich ausreichend sind, ordentlich umgehen und sie ordentlich managen. Ich will wissen, was der Kultusminister eben gemeint hat, als er davon gesprochen hat, dass in dem einen oder anderen Fall vielleicht einmal die Wochenstundenzahlen von Lehrerinnen und Lehrern reduziert worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus welchem Grund sind sie denn, bitte schön, reduziert worden? Haben wir jetzt ein neues Belohnungssystem für fleißige Lehrer, das „Weniger Wochenarbeitsstunden“ lautet? Das wäre mir neu. Daher möchte ich vom Herrn Kultusminister wissen, ob es so etwas gibt, und wenn ja, wie häufig das vorkommt. Es ist angedeutet worden.

Auch da steigen wir neben folgendem Punkt jetzt noch einmal ein – das ist meine letzte Bemerkung, weil ich nur begrenzt Zeit habe –: Es ist völlig klar, dass wir mit Eltern reden. Dass wir mit Eltern reden, ist wirklich nicht etwas, was wir uns wechselseitig absprechen müssen. Das machen wir alle doch jeden Tag.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dafür brauchen Sie sich aber auch nicht zu loben!)

Herr Degen, ich beantworte auch meine Briefe. Aber etwas anderes ist es, wenn ich, wie in nahezu allen Fällen, eine Massenmail bekomme, die per Copy & Paste verbreitet worden ist. Vorne steht immer: „Ich/Wir wende mich/wen-

den uns gegen ...“ Man sieht, es gab noch nicht einmal so viel Zeit, um das zu korrigieren und zu personalisieren, damit es zum Absender passt.

Die 500 bis 600 solcher Mails, die ich bekomme – von denen 90 % kopiert sind –, nehme ich ernst; das ist keine Frage. Ich antworte dann: „Der Kultusminister wird ausführlich Stellung nehmen“, und die Eltern bekommen ausnahmslos einen Brief des Kultusministers, in dem er erklärt: Wir werden die Dinge, die so zusammengekommen sind, dass es für die eine oder andere Schule wirklich ein Problem bedeutet, korrigieren, auch durch mehr Ressourcen- und Personalzuweisungen. Wir werden das abfedern. – Ich finde, eine seriöse Regierungspartei und ein seriöser Kultusminister können nicht mehr machen. Wir sind im Gespräch mit den Eltern, und wir bleiben im Gespräch mit den Eltern.

(Beifall bei der CDU)

Eine allerletzte Bemerkung: Ich will es gerade noch einmal sehr deutlich sagen – und Kollege Wagner hat auch das völlig zu Recht angesprochen: Es geht in diesem Land nicht nur um eine Schulform. Es muss in diesem Land um alle Schülerinnen und Schüler gehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eben!)

Es muss in diesem Land auch möglich sein, dass wir beispielsweise dann, wenn es um die berufliche Bildung geht, genauso intensiv streiten. Dort konzertieren sich die Eltern nicht so sehr. Sie kennen sich nicht so sehr wie die gewachsenen Elterngemeinschaften an Gymnasien. Aber dort dürfen wir nicht weniger genau hinschauen als bei denen, über die wir heute reden. Das ist mein herzlicher Appell abschließend auch an die Opposition der SPD und der FDP. Bei den LINKEN habe ich dieses Kapitel allerdings mittlerweile aufgegeben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Greilich, ich muss Ihnen etwas mitteilen. Er wollte eine Kurzintervention machen. Es gibt eine Vereinbarung im Ältestenrat als Ausführungsbestimmung zu § 74a unserer Geschäftsordnung, die lautet: Wenn die Redezeit von 7,5- und Zehn-Minuten-Debatten zu Ende ist und ein Redner zur zweiten Runde noch einmal fünf Minuten erhält – was erfolgt ist –, ist keine Kurzintervention vorgesehen.

Excusez-moi.

(Allgemeine Zurufe: Oh! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da war der Etat nicht gestrichen!)

Okay, ich übersetze es euch: Entschuldigung. – Ein Wort Französisch kann ich noch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da hat der Leistungskurs noch funktioniert! Das war noch unter den Sozialdemokraten!)

– Ich bin ein Fremdsprachentalent. Ich habe in der Schule nichts gelernt. Ich kann auch ein Wort Ungarisch, und zwar „Egészégére“. Das heißt „Prost“.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Bescheidung über die Anträge. Der Antrag der SPD-Fraktion, Drucks. 19/3181, geht an den Ausschuss, oder?

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles!)

– Alle drei? – Dann überweisen wir die Punkte 46, 38 und 59 an den Kulturpolitischen Ausschuss. – Es gibt keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 43:**

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fünf Jahre Schuldenbremse – ein Erfolgsprojekt – Drucks. 19/3178 –

Das Wort hat die antragstellende Fraktion, eine der Koalitionsfraktionen. Herr Boddenberg, Sie haben das Wort.

Michael Boddenberg (CDU):

Monsieur le président, Herr Präsident!

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, ich wollte nur zeigen, dass auch ich das kann. Das war mein erstes Abiturfach, allerdings in Nordrhein-Westfalen. Ein bisschen ist hängen geblieben.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben – ich habe es eben angekündigt – heute einen Punkt auf der Tagesordnung, von dem ich schon jetzt ankündigen will, dass er regelmäßig Gegenstand der Befassung im Hessischen Landtag von unserer Seite aus sein wird – auch in den folgenden Jahren dieser Legislaturperiode.

Es geht um die Frage – und es gibt Anlässe dafür, heute darüber zu diskutieren –: Bleiben wir alle bei dem, was die hessischen Bürger und die hessischen Bürgerinnen vor fünf Jahren anlässlich der Kommunalwahl beschlossen haben, nämlich in der Verfassung ein Gebot, das sogenannte Schuldenverbot oder die Schuldenbremse, zu verankern? Bleiben wir alle gemeinsam bei diesem Ziel? Die Betonung liegt in diesem Zusammenhang auf dem Wort „gemeinsam“.

Es gibt Anlass, heute darüber zu reden, weil sich das zum fünften Mal jährt. Es gibt aber auch Anlass, darüber zu reden, weil allen voran die hessische SPD in den letzten Wochen und Monaten – darüber ist eben gesprochen worden – viel Anlass dafür bietet, den Verdacht zu haben, dass sie dabei sind, sich von diesem Ziel zu verabschieden. Und es gibt auch, nachdem das auch in der bundesdeutschen Verfassung seit 2009 verankert ist, insbesondere nach den Äußerungen des Vizekanzlers Gabriel in den letzten Wochen Anlass, darüber nachzudenken und zu dem Verdacht zu kommen, dass auch die Sozialdemokraten im Bund dabei sind, sich von diesem Ziel zu verabschieden.

Ich könnte das, was Herr Gabriel gesagt hat, genauso kommentieren wie Herr Schäuble. Ich unterstreiche das, auch in der Wortwahl. Ich sage sehr deutlich: Wir haben hier auch bei der Debatte im Hessischen Landtag zum Aktionsplan verabredet, wir wollen uns um das gesamte Thema Asyl gemeinsam kümmern – mit der Zustimmung der Sozialdemokraten. Wir haben aber auch gesagt, dass es vieles Weitere gibt, worum wir uns im gleichen Aktionsplan kümmern müssen – gesellschaftlicher Zusammenhalt als zentrale Aufgabenstellung, und da nehmen wir in diesem Aktionsplan viel Geld in die Hand, um das zu gewährleisten.

ten. Es gibt viele Gründe dafür, dass wir bei dieser Verabredung bleiben.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Aber das, was Herr Gabriel dort gesagt hat, erreicht am Ende genau das Gegenteil: Da wird das eine gegen das andere gestellt. Das halte ich angesichts des Klimas in unserem Lande für absolut unververtretbar und unverantwortlich. Das will ich eingangs sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich noch einmal auf die Geschichte dieser Entwicklung hin zur Schuldenbremse besinnt, sieht man, dass wir bis 2009 eine Schuldenregel in der bundesdeutschen Verfassung in Art. 115 hatten. Diese Schuldenregel hatte schon immer die klare Vorgabe, dass man Einnahmen und Ausgaben wechselseitig zur Deckung bringt. Allerdings gab es dort eine Reihe von Ausnahmen, die dazu geführt haben, dass wir in diesem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, über 40 Jahre über unsere Verhältnisse gelebt haben.

Ich erinnere mich noch gut an die Debatte im Bundesrat. Damals gab es eine Zustimmung von einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat. Damals hat der damalige Finanzminister Steinbrück gesagt, eigentlich war es so, dass man sich im Kabinett nur auf eine Apfelsinenkiste stellen musste, um das sogenannte gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht auszurufen. Das heißt, es war eine tägliche Übung, auch von Kabinettsmitgliedern der damaligen Regierung.

Wenn es um diese Frage geht, habe ich – und, ich glaube, wir alle gemeinsam – ein Problem: Dieser Begriff der Schuldenbremse kommt ein wenig sehr technokratisch daher und wirkt manchmal so, als sei es ein Selbstzweck, den Politiker dort formuliert haben, ohne dass dahinter eine konkrete und klare Motivation steckt, die etwas damit zu tun hätte, dass es den Menschen in unserem Lande zugutekommen muss. Ich will bei der Gelegenheit einmal sagen: Es ist kein Selbstzweck, so etwas in die Verfassung zu schreiben und auch danach zu handeln. Denn die Frage der Handlungsspielräume künftiger Generationen steht auf dem Spiel. Es steht die Frage auf dem Spiel: Vertrauen Investorinnen und Investoren in den Standort Bundesrepublik Deutschland?

Es geht um die Frage: Lassen wir zu, dass sich Zinsen entwickeln, wie wir es in unserem Land hatten, die am Ende dazu führen, dass nicht mehr investiert wird und auch nicht mehr in Arbeitsplätze investiert wird? Es geht um die Frage, ob unsere Währung stabil bleibt. – Herr van Ooyen, Ihre kleine Geste nehme ich zum Anlass, nur mit einem Satz auf Sie zu sprechen zu kommen. Ich glaube, eine Partei, deren Ideologie überall dort, wo sie vorgeherrscht hat, unmittelbar – häufig schnell, manchmal etwas weniger schnell, aber am Ende immer – zum Leidwesen der Bürgerinnen und Bürger in den Staatsbankrott geführt hat, hat sich aus dieser Debatte schon immer verabschiedet. Deswegen gehe ich auf Ihre Bemerkungen nicht näher ein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Es geht darum: Ist das Einkommen, gerade auch der Bezieher von geringerem Einkommen, zukünftig noch das gleiche Geld wert, wenn man eine stabile Währung hat – begründet durch einen niedrigen Schuldenstand? All das

weist darauf hin: Hier geht es nicht um eine einseitige Politik zugunsten der Reichen, wie es die LINKEN sagen würden, sondern hier geht es schlichtweg um existenzielle Fragen für den kleinen Mann und die kleine Frau, wenn ich die beiden so nennen darf. Sie sind Zielsetzung unserer Politik, und sie stehen im Fokus unserer gemeinsamen Idee, auch seitdem wir das in die Verfassung geschrieben haben. Und dabei wird es auch zukünftig bleiben.

Wenn doch immer wieder behauptet wird – auch Herr Gabriel kam jetzt ansatzweise mit solchen Bemerkungen –, wir müssten mehr für die niedrigen Einkommen und die sozial Schwachen tun, dann will ich nur einmal an das erinnern, was die Bundeskanzlerin völlig zu Recht gesagt hat: Wieso redet er sich selbst so klein? Die Große Koalition in Berlin hat beschlossen, dass wir die kalte Progression lindern, d. h. die Bezieher unterster Einkommen finden bei ersten Steuerzahlungen Entlastung, was früher nicht der Fall war, weil es einfach nicht in Ordnung ist, dass diejenigen, die morgens zur Arbeit gehen und ein bisschen mehr leisten, als sie vielleicht auch vorher geleistet haben, am Ende merken, dass netto dabei gar nichts übrig bleibt. Das ist ein ganz wichtiger Bereich der Sozialpolitik.

Schauen Sie nach Hessen. Da gibt es ein geschütztes Sozialbudget von 70 Millionen € für die Frauenhäuser, die Schuldnerberatung, die Sprachförderung von Kindern, über die heute Morgen schon geredet worden ist, und vieles andere mehr. Wenn Sie sich in Hessen anschauen, wie sehr wir uns um diejenigen kümmern, die Arbeit, Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen, mit einem Betrag von mittlerweile 460 Millionen € für den Bereich der Kinderförderung, von ursprünglich 78 Millionen €, wenn Sie sehen, was wir für die Förderung von Langzeitarbeitslosen tun, für die Integration von schwerbehinderten Menschen in den Arbeitsmarkt, dann sehen Sie, dass all das stattfindet.

Lieber Herr Gabriel, im Bund haben wir am Ende aufgrund einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, aber auch aufgrund einer soliden Haushaltspolitik eine Situation, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr hatten – mit niedrigster Arbeitslosenquote. Das ist immer noch zu viel, das sage ich gleich dazu. Das Thema Arbeitsmarktschaffung, gerade auch für einfache Tätigkeiten, muss auf der Agenda bleiben. Wir werden in diesem Jahr eine Rentenerhöhung haben, die heute in einer Höhe von 4 bis 5 % erwartet wird. Ich freue mich darüber.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Und wir haben zum ersten Mal seit vielen Jahren, seit 2013, wieder zunehmende Realeinkünfte, gerade auch bei niedrigen Einkünften. Herr Gabriel, jetzt auf die Idee zu kommen, wir hätten dort ein Problem, ist unsäglich und führt in einer Situation, in der wir alles tun müssen, nur gerade so etwas nicht, Wasser auf die Mühlen der falschen Parteien.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Herr Kollege Rentsch und andere, die Sie hier für die Fraktionen Verantwortung tragen, mit Blick auf den Hessischen Landtag, finde ich, sollten wir uns einmal wieder grundsätzlich auf eines verständigen, nämlich dass Politik ein Wettbewerb der guten Ideen ist, dass Politik ein Wettbewerb ist, der Prioritäten und Prioritätensetzung bedeutet, und dass dieser Wettbewerb unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden muss, die

wir – das hilft ja nichts – nicht wegreden oder uns weg-wünschen können, nämlich dass wir immer über begrenzte Ressourcen reden. Dazu erwarte ich einen fairen Wettbewerb.

Dieser faire Wettbewerb kann doch nicht im Ernst so aussehen, dass Regierungsparteien immer für beide Seiten zuständig sind, nämlich für die Investitionen beispielsweise in Bildung, für die Sozialpolitik, für die Wirtschaftspolitik, für die Infrastrukturpolitik, was dann alle immer toll finden, aber wo die Opposition immer wieder nach dem gleichen Ritual verfährt: Noch ein bisschen mehr wäre noch schöner und bringt vielleicht noch ein paar Wählerstimmen.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Holschuh (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, am Ergebnis, das uns eigentlich einen müsste, nämlich dass wir akzeptieren, dass wir das gemeinsam in die Verfassung geschrieben haben, ändert das aber nichts. Das heißt, ich fordere von Ihnen einen fairen Wettbewerb,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das sagen ausgerechnet Sie!)

einen Wettbewerb, der nicht bedeutet, dass Sie einmal locker 3,6 Milliarden € mehr ausgeben und überall ein bisschen Applaus empfangen, wie wir es heute Morgen gehört haben. Am Ende wird das der Wähler merken. Ich glaube, die Wählerinnen und Wähler sind viel klüger, als manche denken.

Lieber Herr Kollege Schäfer-Gümbel, deswegen wäre es, glaube ich, auch in Ihrem Sinne und in dem einer fairen Auseinandersetzung, wenn wir uns am Ende des Tages darauf verständigen: Jeder, der ein politisches Ziel formuliert, das Geld kostet, muss gleichzeitig auch sagen, wie er das bezahlen will.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, da kommen wir sehr schnell auf drei entscheidende Fragen, die ich Ihnen stelle und die wir Ihnen in den nächsten Monaten und während der gesamten Legislaturperiode immer wieder stellen werden. Wenn Sie mit einer Forderung nach mehr Wohnungen, mehr Lehrern, mehr Polizeibeamten, mehr Straßenbau kommen – es ist heute vorgetragen worden, auf welche Summen wir da kommen –, stelle ich eine Frage: Erhalten Sie alle diese Forderungen aufrecht? Oder ziehen Sie einzelne wieder zurück, weil Sie sagen, das können wir nicht finanzieren? Darauf bin ich sehr gespannt.

Ich werde Ihnen die zweite Frage stellen: Wenn Sie sagen, wir bleiben bei all diesen Vorstellungen und Forderungen – wie wollen Sie es finanzieren? Wollen Sie die Steuern erhöhen? Dann sagen Sie es bitte. Dann sagen Sie aber konkret, welche Steuern Sie erhöhen wollen. Dann sagen Sie bitte auch konkret, wer das bezahlt und mit welchem Steueraufkommen zu rechnen ist.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich erinnere einmal an die Debatte, die seinerzeit schon Schröder und die rot-grüne Bundesregierung geführt hatten. Da kam von linker Seite auch immer das Thema Reichen- und Vermögensteuer. Was hat Herr Schröder am Ende gemacht? Er hat es mit Herrn Eichel, dem Finanzminister, berechnet und kam zu der Endrechnung, dass er sagte, es bringt überhaupt nichts; es bringt zwar eine ordentliche Einnahme, wird aber bürokratiekostenmäßig wieder kom-

plett aufgefressen, weil wir 30 bis 35 Millionen Immobilien neu bewerten müssen, und neu bewerten heißt: regelmäßig bewerten. Das Thema Vermögensteuer war also bei Rot-Grün und den Sozialdemokraten damals durch. Heute kommt es immer wieder einmal.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Man könnte ja noch einmal darüber reden, um eine Scheindebatte zu führen. Also: Wollen Sie Steuern erhöhen? Wenn ja, dann welche? Die letzte Frage ist: Wollen Sie möglicherweise Leistungen kürzen? Auch das hätten wir gern gewusst. Wenn Sie neue Vorschläge machen, die neues Geld kosten, müssen Sie eine dieser Fragen beantworten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bleibe dabei: Politik ist ein Wettbewerb zwischen den Parteien – kein Wettbewerb zwischen den Parteien und beispielsweise der einen oder anderen Bürgerinitiative.

(Nancy Faeser (SPD): Ach!)

Wir werden morgen – in der Aktuellen Stunde haben wir ja entsprechende Vorstellungen – auch über die Kommunalwahl letzten Sonntag reden. Ich sage ausdrücklich: Ich finde jedes ehrenamtliche Engagement vor Ort, auch in der Kommunalpolitik, klasse. Wir sollten uns über jeden freuen, der nicht AfD heißt oder der nicht ähnlich gesinnt ist.

Aber auch dort muss es doch unser gemeinsames Ziel sein, dass wir nicht dahin kommen, dass am Ende in der Kommunalpolitik nur noch kleine Einzelinteressen, Partikularinteressen, die Politik bestimmen, als letztes Rad am Wagen auch zu Mehrheitsbildungen, sondern es muss gemäß ihrem Auftrag in Art. 21 des Grundgesetzes das gemeinsame Ziel der Parteien sein, ganzheitliche Politik zu formulieren – das heißt, für alles und nicht nur für einzelne Interessen Verantwortung zu tragen.

(Beifall der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel, Nancy Faeser (SPD), Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Bettina Wiesmann (CDU) – Zuruf von der SPD)

– Wenn ich da Ihren Beifall bekomme, lässt mich das hoffen, dass wir in Zukunft seriösere Debatten führen. – Meinen Kollegen lasse ich keine Zeit zum Applaudieren; ich rede immer so schnell. Keine Sorge. Ich bin auch noch nicht im Wahlkampf.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Boddenberg (CDU):

Wenn das Ihr Beifall ist, der das, was ich eingangs gesagt habe, beinhaltet und dem zustimmt, dass zur Politik mehr gehört, als immer nur die Ausgabenseite zu sehen und die andere Seite einfach wegzulassen, dann freue ich mich auf zukünftige faire und ernsthafte Wettstreite zwischen den Ideen der einzelnen Parteien im Hessischen Landtag. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Schmitt, SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Schäfer, das ist jetzt die staatstragende Rede, die Sie sich das letzte Mal gewünscht haben!)

Ich glaube, dass die Schuldenbremse erst vor der Bewährung steht. Wie erfolgreich die Schuldenbremse sein wird, wird sich erst zeigen, wenn über längere Zeit konjunkturbedingt Steuereinnahmen ausbleiben. Erst dann stehen wir vor der eigentlichen Bewährungsprobe. Ich glaube nicht einmal, dass das zwischen Ihnen, Dr. Schäfer und Herr Boddenberg, und uns völlig umstritten ist. Ich glaube sogar, dass es für ein erstes Fazit ein wenig früh ist.

Wenn Sie uns aber zu einem Bekenntnis zwingen – wir haben damit kein Problem –, dann würde ich sagen, dass sich weder die Befürchtungen der Linkspartei als richtig erwiesen haben, dass der Staat durch die Schuldenbremse vollkommen ausgehungert wird und es keine finanzpolitischen Spielräume mehr gibt, noch die Hoffnungen der Neoliberalen erfüllt haben, dass mithilfe der Schuldenbremse staatliche Betätigung insgesamt abgewürgt werden kann. Das war die Hoffnung, und auch ein Argumentationsstrang, der bei den Neoliberalen damit verbunden war.

Ich will die Auffassung der SPD noch einmal klarstellen. Herr Boddenberg, dazu geben Sie mir eine gute Gelegenheit und eine gute Vorlage. Die Auffassung der SPD ist klar. Die Schuldenbremse war und ist eine sinnvolle Maßnahme, wenn in der praktischen Politik die Balance zwischen Einnahmen- und Ausgabenverantwortung dann auch zum Tragen kommt und gewährleistet wird.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, Herr Boddenberg, sollten wir uns zunächst einmal – das ist wenigstens unsere Herangehensweise – damit auseinandersetzen, was der Staat in Deutschland zu leisten hat. Was muss er tun? Welche Aufgaben müssen erledigt werden? Dann werden wir feststellen, dass es in Deutschland insgesamt, aber auch in Hessen – an mancher Stelle vielleicht sogar insbesondere in Hessen – erheblichen Nachholbedarf bei öffentlichen Investitionen gibt, in Hessen insbesondere bei den Investitionen der Kommunen, die – die Zahl werde ich Ihnen nennen – um 750 Millionen € pro Jahr für 2010 bis 2014 zurückgefahren wurden.

(Beifall bei der SPD)

Sie bestreiten es ja gar nicht, glaube ich: Es besteht die Notwendigkeit von öffentlichen Investitionen in den Straßenbau in Hessen, sozusagen die eingefrorenen 100 Millionen €. Das ist eigentlich eine lächerliche Summe. Auch im ÖPNV steckt ja nicht einmal 1 € aus Landesmitteln – und das in dem Bereich des ÖPNV unter Regierungsbeteiligung der GRÜNEN, obwohl wir da einen ganz erheblichen Nachholbedarf haben. Ich glaube auch, wir haben einen Nachholbedarf beim Engagement für Bildung und Betreuung. Schauen Sie sich einmal die OECD-Daten an. Deutschland liegt bei den Ausgaben für Bildung 1 Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der OECD.

(Michael Boddenberg (CDU): Hören Sie auf mit der OECD; das stimmt hinten und vorne nicht! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Herr Boddenberg, Sie sagen, die Zahlen der OECD stimmen nicht. Man muss sich ja international auf etwas einigen. Da ist es so, dass Deutschland 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgibt, und der Durchschnitt der OECD-Länder beträgt 6,1 %. Selbst wenn es da leichte Niveauunterschiede gibt: Hessen liegt in Deutschland sicherlich nicht an der Spitze, sondern in dem Bereich eher deutlich unter dem Durchschnitt. Wir haben – auch das ist ja die Frage – längst nicht mehr den sozialen Ausgleich in Deutschland gewahrt. Das ist übrigens möglicherweise auch eher eine Ursache des Wahlergebnisses. Aber wir möchten der morgigen Diskussion nicht vorgereifen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Norbert, warte mal! – Die Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Holger Bellino (CDU) diskutieren miteinander.)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, einen Moment einmal, bitte. Wenn so etwas ist, stellt es der Präsident fest. Darum bitte ich. Jetzt machen wir bitte weiter. Das wird nicht aus dem Haus heraus festgestellt. Das weiß jeder.

(Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), Holger Bellino und Norbert Kartmann (CDU))

– Ihr Lieben, ich bin doch eben erst gekommen. Lasst mich doch zuerst einmal sitzen. Ich bin noch gar nicht da, und schon fangt ihr an mit Durcheinander. Das geht bei mir mittwochs nicht.

Also, Herr Kollege Schmitt hat weiterhin das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Meine Bitte ist, dass wir einmal zwei Minuten lang Pause machen!)

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Boddenberg, ich wollte nur einmal sagen, dass es nicht fair ist, uns zu einer Stellungnahme aufzufordern und dann nicht zuzuhören.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Meine Bitte ist, jetzt eine Pause von zwei Minuten zu machen! Wir sollten unterbrechen! – Anhaltende Zurufe des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, bitte.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, es ist geklärt. Es gibt eine andere Situation.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, das habe ich doch gesagt! Ich habe gesagt, wir sollten zwei Minuten Pause machen!)

– Genau, das wäre auch meine Bitte.

Vizepräsident Frank Lortz:

Jawohl, wenn das allgemein die Meinung ist, dann machen wir zwei Minuten lang Pause.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir unterbrechen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es gerade gehört: Unser Kollege Günther Schork ist gerade verstorben. Ich bitte Sie, dass wir eine Pause von einer Viertelstunde machen. Wir machen dann um 11:15 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 11:02 bis 11:15 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade vereinbart, die Sitzung jetzt nicht fortzuführen, sondern erst heute Nachmittag nach der Mittagspause pünktlich um 15 Uhr mit den weiteren Beratungen zu beginnen. Auch werden wir um 15 Uhr unseres Kollegen Günter Schork gedenken.

(Unterbrechung von 11:15 bis 15:00 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Die Anwesenden haben sich von den Plätzen erhoben.)

Plötzlich und unerwartet ist gestern unser Kollege Günter Schork im Alter von 60 Jahren verstorben.

Günter Schork ist am 28. Oktober 1955 in Hartenrod im Odenwald geboren. Im Anschluss an sein Abitur 1974 war er bei der Bundeswehr in der Fallschirmjägertruppe. Es folgte ein Studium der Wirtschafts- und Organisationswissenschaften in Hamburg. Von 1986 bis 2006 war er bei unterschiedlichen Großbanken in verschiedenen Funktionen tätig.

Seit 1974 war er Mitglied der CDU und hat seither in vielen Parteiämtern Verantwortung für die Christdemokraten getragen. Seit 1991 war er Mitglied in Kommunalparlamenten. Er war zunächst Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Riedstadt und von 1993 bis 2007 deren Fraktionsvorsitzender. Seit 2001 war er Mitglied des Kreistags in Groß-Gerau und übernahm dort vor zwölf Jahren den Fraktionsvorsitz. Daneben nahm er ehrenamtliche Tätigkeiten in einer Vielzahl wahr.

2005 rückte Günter Schork nach dem Tod unseres Kollegen Rudi Haselbach in den Hessischen Landtag nach. Er war auch bei uns in unterschiedlichen Funktionen und Gremien tätig. So war er unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, im Haushaltsausschuss, im Kulturpolitischen Ausschuss und in verschiedenen Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen. Zuletzt war er finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Günter Schork war ein Vollblutpolitiker, der mitten im Leben stand. Er war ein empathischer und authentischer Mensch. Er war klar in seinen Aussagen. Er setzte sich verlässlich sowie äußerst fleißig für die Belange der Bürger in seinem Wahlkreis, für seine Partei, für unser Land ein. Vor allen Dingen war er ein guter Freund, ein treuer, loyaler und immer zuverlässiger Kamerad.

Unsere besondere Anteilnahme gilt seiner Familie, insbesondere seiner Mutter, seiner Frau und seinen Kindern. Wir als Hessischer Landtag werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ich darf Sie bitten, seiner in der Stille mit einem Gebet zu gedenken.

(Schweigeminute)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

Wir beenden hiermit die heutige Plenarsitzung. Wir treffen uns morgen früh um 9 Uhr zur Fortführung der Beratungen in der nächsten Plenarsitzung wieder. – Vielen Dank, die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss 15:05 Uhr)